Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 871.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 12. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Die Expedition der „Posener Zeitung“ nimmt Gaben für die Nothleidenden in Oberschlesien an und wird über das Eingegangene Bericht abstatten.

§§ Die Entwürfe über die Verwaltungsreform.

Wie war doch die schöne und lehrreiche Geschichte von dem Schmied, der trotz aller Mühe nicht vor die rechte Schmiede kommen konnte, als er eine obrigkeitliche Erlaubniß zu einer baulichen Reparatur brauchte? Durch die ganze Presse ging bekanntlich die Beschreibung des Leidensweges, welchen er in Folge der „verfehlten Verwaltungsreform der Liberalen“ von einer Behörde zur andern machen mußte, immer an die unrechte gelangend, die Fristen versäumend, die Rechtsmittel verwechselnd, weil die „Liberalen“ Einrichtungen geschaffen, in denen sich der schlichte Verstand eines Mannes aus dem Volke unmöglich zurechtfinden könne. Wir haben, als ein reaktionäres schlesisches Blatt diese Anekdote zur Erbauung namentlich Derjenigen, welche die Verwaltungsgesetze von 1872—1876 niemals in der Hand gehabt haben, in die Welt setzte, den Verdacht ausgesprochen, der mit den Gesetzen unbekannte Schmied sei vielmehr ein mit ihnen ganz besonders vertrauter Landrath oder dergl. gewesen, welcher die Verwaltungsreform ad absurdum führen wollte durch eine Zusammenstellung aller Verkehrtheiten, welche man auf Grund derselben allenfalls begehen könnte, sofern man darauf hin die bezüglichen Gesetze „fleißig studirt mit eifrigem Bemühen.“ Wie dem nun sein mag, ob's ein ungelehrter Schmied oder ein gelehrter Landrath war, er wird, sofern die vor einigen Tagen eingebrachten Vorlagen des konservativen Ministers Graf Eulenburg Gesetzeskraft erlangen sollten, mit geringen Modifikationen dieselbe Vorstellung noch einmal zum Besten geben können, diesmal jedoch mehr zum Ergötzen des liberalen, als des konservativen Publikums. Er wird etwas mehr Mühe, als das erste Mal, aufwenden müssen, um die gesetzlichen Fristen zu versäumen, weil auf Grund von Erfahrungen, wie man sie bei umfassenden Neuschöpfungen immer zu einzelnen Korrekturen zu verwerthen hat, jetzt der sehr nützliche Vorschlag gemacht wird, alle Fristen für die Erhebung von Beschwerden, Klagen 2c. gleichmäßig zu normiren; auch sonst wird er sein Programm ein wenig ändern, z. B. statt an die Bezirks-Regierung, Abtheilung des Innern, sich an den Regierungspräsidenten wenden müssen, wenn er etwas will, wozu eine ganz andere Instanz zuständig ist; im Großen und Ganzen aber würde ihm die Möglichkeit, zu zeigen wie schlecht die Verwaltungsreform sei, auch bleiben, nachdem auf Grund der Vorschläge des jetzigen konservativen Ministers des Innern statt der so laut angekündigten „Revision“ eine vollständige Bestätigung aller prinzipiellen Bestimmungen, die Aufrechterhaltung aller Neuschöpfungen der Liberalen beschlossen wäre.

Diese Vorlagen eines konservativen Ministers, dessen Name recht eigentlich den Systemwechsel bedeuten sollte, sind ein Triumph des liberalen Gedankens, sie sind das Eingeständniß, daß auf anderen Grundlagen, als den in der liberalen Gesetzgebungs-Periode errichteten, die preußische Verwaltung sich nicht mehr organisiren läßt. Dies ist das Resultat einer Agitation, deren erstes und letztes Wort war, daß die Liberalen nach unhaltbaren Theorien unbrauchbare Einrichtungen geschaffen hätten! Die Probe auf diese Behauptung läge in dem Versuche, zu den früheren Zuständen da zurückzukehren, wo dieselben bereits beseitigt sind, oder ein Neues, Drittes vorzuschlagen. Das Letztere hat unseres Wissens noch Niemand gethan, und auch bei den Konferenzen, welche im Sommer auf Grund eingeforderter Berichte der Behörden im Ministerium des Innern stattgefunden, scheint ein solcher neuer Gedanke, eine Reformidee konservativer Art nicht aufgetaucht zu sein; wenigstens findet sich weder in den Gesetzentwürfen, noch in deren Motivirung eine Spur davon. Nicht die liberalen Schöpfungen, sondern die überlebten Einrichtungen, an deren Stelle sie in der einen Hälfte der Monarchie getreten, waren gegen die Natur der seit dem Anfang des Jahrhunderts, seit der Begründung unserer bisherigen Verwaltungs-Organisation so außerordentlich veränderten Lebensverhältnisse. Wie wenig diese Organisation den heutigen berechtigten Anforderungen entspricht, das kann man ja noch immer in denjenigen Provinzen, in denen die Verwaltungsreform noch nicht gilt, beobachten; aus unserer Nähe könnten wir von so ungenirter Einsetzung des amtlichen Einflusses zu Parteizwecken berichten, wie sie so offen und ohne Scheu kaum in den Zeiten des patriarchalischen Staates vorgekommen. Doch, um von solchen Dingen zu schweigen: es ist unmöglich, während die kleinste Aenderung eines unwichtigen Gesetzes der Zustimmung einer Volksvertretung bedarf, die für das Wohl eines größeren oder kleineren Verwaltungsbezirkes wichtigsten Verwaltungs-Entscheidungen ohne Mitwirkung der Bevölkerung treffen zu lassen; und es ist unmöglich, während man sich kaum in der Schaffung von Rechts-Garantien für den Austrag des kleinsten Zivilprozesses genug thun kann, die in Verwaltungsfragen entstehenden Rechtsstreitigkeiten zwischen Behörden und Einzelnen von den ersteren, also einer der Parteien, resp. von deren Vorgesetzten entscheiden zu lassen. Weil die Institutionen, welche auf Grund dieser Ueberzeugung in den Jahren 1872—76 geschaffen wurden, dem unabweisbaren Bedürfniß entsprangen, darum lehnt ein hochkonservativer Minister ab, sie anzutasten, darum versteht er sich dazu, sie auf die andere Hälfte des Staates zu übertragen; man fühlt und weiß, daß die laut gewordenen Klagen über die Neuerungen sich wie Zephyrsäuseln zu einem Orkan verhalten würden im Vergleich mit der Wirkung auf die öffentliche Meinung, welche hervorgebracht würde durch den Versuch, in den Provinzen der Verwaltungsreform die Allgewalt des Landraths und der Bezirksregierung wieder herzustellen. Und dasselbe glänzende Zeugniß, wie den Ideen und den Grundeinrichtungen der Reform, stellen die Entwürfe des Grafen Eulenburg der Methode der liberalen Gesetzgebung aus: was in den Einzelheiten geändert werden soll, ist schlechthin verschwindend gegen das, was unangetastet bleibt.

Eine Kritik dieser Entwürfe, welche wir in der Zeitungs-Korrespondenz eines hervorragenden Mitgliedes der Fortschrittspartei finden, betont ausschließlich, was in den Vorlagen des Ministers zu vermissen oder zu verwerfen ist. In manchen Punkten werden wir bei dem näheren Eingehen auf dieselben jener Kritik zuzustimmen, in anderen uns, nicht aus Gleichgiltigkeit gegen die bezüglichen Forderungen, sondern in Anbetracht der politischen Gesammtlage, passiv zu verhalten haben. So können wir, wie nothwendig auch uns eine Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen erscheinen mag, doch nicht gerade wünschen, eine solche von der jetzigen Regierung mit dem jetzigen Abgeordnetenhause zu Stande gebracht zu sehen; wir fürchten, daß sie unter den obwaltenden Umständen sehr wenig nach den liberalen Wünschen ausfallen würde. Doch was man auch an den Vorlagen des Ministers des Innern aussetzen oder vermissen mag — der erste und wichtigste Gesichtspunkt für ihre Beurtheilung bleibt, daß sie das vollständige Scheitern des Versuches bedeuten, die Verwaltungs-Reorganisation anzutasten. Daß Graf Eulenburg dieselbe schleunigst nach allen Richtungen hin zum Abschluß bringen würde, hat wohl Niemand erwartet, und wir sind daher nicht enttäuscht, unter seinen Vorlagen keine neue Landgemeindeordnung zu finden; zwar scheint auch uns — wir kommen darauf noch zurück —, daß zur Weiterführung der Reform, die ja thatsächlich unternommen wird, immerhin etwas mehr hätte geschehen können, als die Entwürfe darbieten; aber da man auf eine Rückwärtsrevision gefaßt sein mußte, ist die Erfahrung, daß eine solche sich als unmöglich erwiesen, in unseren Augen bei weitem wichtiger als die Frage, ob das Weiterschreiten in etwas rascherem oder etwas langsameren Tempo geschehen soll.

Die Deutschen-Massacre in Columbia.

Ein Leser der „Kölnischen Ztg.“ in Bucaramanga sendet dem genannten Blatte als Augenzeuge der blutigen Auftritte folgende Darstellung, welche die bisherigen Mittheilungen durch mehrere thatsächliche Angaben ergänzt:

. . . Den unerhörten Vorkommnissen hier in Bucaramanga wird die deutsche Presse überhaupt um so mehr einige Aufmerksamkeit schenken, als unsere kleine deutsche Kolonie an Leben und Besitz direkt bedroht war, und zwei ihrer Mitglieder an jenem Tage unter der Hand der Mörder fielen. Am Abend des 7. September war eine aufgeregte Menge auf dem Kirchplatze versammelt und feierte, unter lebhafter Betheiligung mehrerer städtischen Beamten das Ergebniß der am gleichen Tage stattgehabten Gemeinderathswahlen. Ein hiesiger Bürger, welcher, ohne irgend wie Theil zu nehmen, in der Nähe vorbeiging, erhielt plötzlich einen Revolverschuß von unbekannter Hand und blieb auf der Stelle todt. Die Leiche wurde nach dem Rathhause geschleppt und durch einen dazu berufenen Arzt untersucht. Dieser letztere mußte während der Prozedur Injurien jeder Art und sogar thätliche Mißhandlungen durch mehrere Beamten erdulden. Hierauf begaben sich der Alcalde (Bürgermeister), verschiedene Gemeindebeamte und Polizeikommissare auf einen Ball. Hier wurde eine Liste von etwa zwölf der hervorragendsten Personen der Stadt aufgestellt, welche am nächsten Tage ermordet werden sollten. Unter diesen Bedrohten war ein deutscher Kaufmann, welcher kurze Zeit vorher mit einem höheren Beamten einen Streit, übrigens durchaus privater Natur, gehabt und in Folge dessen Genugthuung von der Regierung verlangt hatte. Am folgenden Tage, Abends 5 Uhr, als eine große Anzahl Personen zur Beerdigungsfeierlichkeit des Ermordeten in der Kirche versammelt war, wurden sie plötzlich von mehreren Bewaffneten umringt und angegriffen. In dem nun entstandenen Tumult flüchteten sich die meisten der Bedrohten, unbewaffnet und überrascht wie sie waren, in das nahegelegene Haus des oben genannten Deutschen. In kurzer Zeit wurde dasselbe von den Verfolgern, welche sich inzwischen mit Dienstgewehren der Truppen versehen hatten, angegriffen. Hier stellte sich nun der Bürgermeister Pedro Collazos mit vier Soldaten an die Spitze der Bande und drang mit dieser in das Haus. Fast alle der Verfolgten hatten Zeit sich durch Ueberklettern der Hofmauer zu retten; nur ein junger Mann von hier und ein Deutscher, welcher im Hause wohnte und als gänzlich unbetheiligt kaum an Rettung dachte, wurden erreicht. Ersterer erhielt einen Schuß, an dessen Folgen er nach drei Tagen starb; letzterer wurde mit Kolbenschlägen auf den Kopf mißhandelt und, schon durch eine Kugel bedroht, von einem Unbetheiligten gerettet. Nachdem im genannten Hause mehrere Thüren aufgebrochen und einige Gegenstände geraubt worden, zog die Bande unter dem Rufe: „muera el comercio, abaja los alemanos“ (Tod dem Handelsstande, nieder mit den Deutschen!) durch die Straßen, fortwährend Flinten- und Pistolenkugeln abfeuernd. So drangen sie nacheinander in sechs Privathäuser ein, raubten was tragbar war und Werth hatte und zerstörten mit haarsträubenden Vandalismus alles Hausgeräth. Etwa um 8 Uhr Abends wagten sich zwei deutsche Kaufleute, beide seit längeren Jahren ansässig, einer von ihnen Direktor der Bank, aus ihrem Hause in der Absicht, sich über das Schicksal des deutschen Konsuls zu vergewissern. Unweit der Wohnung des letzteren wurden sie angegriffen. Einer derselben blieb todt auf dem Platze und wurde andern Tages mit Zeichen scheußlicher Mißhandlung gefunden; der andere kam schwer verwundet nach Hause und starb am folgenden Morgen. Die übrigen Deutschen waren die Nacht über in verschiedenen Häusern versteckt und mehrere derselben entflohen am nächsten Tage nach den umliegenden Ortschaften. Dieser Tag war, nach den Aussagen der Banditen, zur Plünderung der Bank und der größeren Geschäftshäuser sowie zum Abschlachten der noch nicht erreichten Opfer bestimmt. Nur den in den geplünderten Häusern angetroffenen Spirituosen ist es zu verdanken, daß die Bande in Folge reichlichen Branntweingenusses unthätig blieb und weitere Greuelszenen nur deshalb nicht verübte, weil sie dazu physisch nicht mehr fähig war. Am Nachmittage des 10. erschien endlich eine Anzahl bewaffneter Bürger, welche sich in einer nahen Ortschaft gesammelt hatten, besetzten die Stadt und nahmen die Uebelthäter gefangen. Nach wenigen Tagen waren 52 derselben in Haft; doch ist schon mehr als die Hälfte, angeblich wegen Mangels an Beweisen in Freiheit gesetzt worden. . . .

Es ist schon mitgetheilt worden, daß die deutsche Regierung entschlossen ist, die nachdrückliche Wahrung der verletzten deutschen Interessen zu übernehmen, sowie daß die columbische Regierung sich bereit erklärt hat, die Schuldigen der verdienten Strafe zu übergeben und volle Entschädigung und Genugthuung zu gewähren.

Deutschland.

+ **Berlin**, 10. Dezember. [Staatsbahnen und Reichseisenbahnprojekt. Die Entwürfe über die Verwaltungsorganisation.] Bei der Entscheidung über die Verstaatlichung der Eisenbahnen wurde noch einmal die Frage der künftigen Uebertragung des Staatsbahnbesitzes auf das Reich berührt. Die Verträge mit den Eisenbahngesellschaften enthalten bekanntlich eine Klausel, welche besagt: „der Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen“, womit selbstverständlich dem Staat nur ein Recht gegenüber den Gesellschaften gewährt, nicht aber der künftigen Entscheidung des Landtags wegen Abtretung des Besitzes oder Betriebes vorgegriffen werden soll, wie es ja auch ausdrücklich im § 7 des Gesetzentwurfs, betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen, heißt: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die im § 1 bezeichneten Eisenbahnen durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgiltigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.“ Es ist eine ziemlich müßige Formklauberei, wenn das Zentrum gerade aus diesem Paragraphen deducirt, die Regierung könne den Bahn*betrieb* an das Reich überlassen, ohne an die Zustimmung des Landtags gebunden zu sein. Trotz jener Klausel der Verträge aber, welche die Möglichkeit einer künftigen Ausführung des Reichseisenbahnprojektes noch immer offen hält und sich bemüht, eine Schwierigkeit, die sich später einmal dagegen erheben könnte, aus dem Wege zu räumen, wird doch Jedermann aus den Worten des Ministers Maybach sowohl als der meisten Redner des Abgeordnetenhauses die Ueberzeugung gewonnen haben, daß man zwar gewissen unverbindlichen Möglichkeiten nicht geradezu den Weg verbauen will, daß aber trotzdem das Reichseisenbahnprojekt ein Ziel ist, dessen Erreichung mit der entscheidenden Erweiterung des Staatsbahnbesitzes ferner denn je gerückt ist. Das Zentrum glaubte zwar das Schreckbild des Reichseisenbahnprojektes mit seinen angeblichen Gefahren für die bundesstaatliche Verfassung Deutschlands und selbst das monarchische Prinzip, noch einmal gegen die Ankaufsvorlage in's Feld führen zu sollen. Aber es zeigte sich, daß selbst die konservativen Freunde der Verstaatlichungsvorlage dem Reichseisenbahnprojekt als Gegner oder doch sehr kühle Freunde gegenüberstehen, und der Minister erklärte ausdrücklich, die Eventualität einer weiteren Uebertragung der jetzt erworbenen Rechte keineswegs als nahe voraussehen zu können. Die Basis, auf der die Reform des Eisenbahnwesens durchgeführt werden soll, hat offenbar seit dem Jahr 1876, wo das Reichseisenbahn-Projekt im Vordergrund stand und die Zustimmung des preußischen Landtags erhielt, eine ganz andere Gestalt angenommen. Man wird in der Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen nicht mehr den *Weg* zum Reichseisenbahnsystem, sondern einen *Ersatz* für dasselbe erblicken müssen. Man mag über diesen Verlauf der Eisenbahnfrage, der das bedeutsame nationale Element, das in dem Reichseisenbahn-System gelegen hätte, vermissen läßt, enttäuscht sein: es waren eben unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden in der Abneigung

der größeren Bundesstaaten, die ihre Bahnen alsbald fest in die eigene Hand nahmen. Das Reich wird sich nun mit der Regelung des Tarifwesens begnügen müssen und auch da werden Schwierigkeiten in reichem Maße zu überwinden sein. In einer Zeit, da in der Reichsfinanz-Reform das föderalistische Prinzip so scharf zum Ausdruck gekommen ist, müssen die Pläne, wie das Reichseisenbahnprojekt, überhaupt einigermaßen als Anachronismus erscheinen. Man braucht darum den Werth des Erreichten und einzig Erreichbaren garnicht zu unterschätzen, wenn man bedauert, daß ein weitergehender und außer den wirthschaftlichen Gründen durch eine mächtige nationale Idee empfohlener Plan weit in die Ferne gerückt ist. Man wird sich mit einiger Resignation auf den Standpunkt des Grafen Bethusy stellen müssen, der bemerkte: „Ich bekenne mich nach wie vor für einen prinzipiellen Anhänger des Reichseisenbahnsystems; ich ziehe aber das Erreichbare dem Unerreichbaren vor und nehme die Staatsbahnen, da ich Reichsbahnen nicht haben kann.“ — Ob die erste Lesung der vier Gesetzentwürfe über die *Verwaltungsorganisation* vor oder nach den Weihnachtsferien stattfinden wird, steht auch heute noch nicht fest. Wie wir hören, wird morgen zwischen den Vertretern der verschiedenen Fraktionen bei dem Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses ein Austausch der Meinungen über diese Frage stattfinden. Wenn vielleicht auf einer Seite die Befürchtung obwaltet, das Hinausschieben der Berathung bis nach den Ferien würde gleichbedeutend mit der Ablehnung einer gründlichen Berathung der Vorlagen für die gegenwärtige Session sein, so ist diese Besorgniß jedenfalls unbegründet. Es ist wohl auf allen Seiten die Absicht vorhanden, die bezüglichen Gesetzentwürfe noch in dieser Session einer ihrer Wichtigkeit entsprechenden eingehenden kommissionellen Berathung zu unterziehen. Sollte die erste Lesung noch vor Weihnachten abgehalten werden, so könnte sie nur in den letzten Tagen der künftigen Woche stattfinden. Es fragt sich nur, ob bis dahin die einzelnen Mitglieder und die Fraktionen Zeit gewinnen können, die Vorlage in einer ihrem Umfange und ihrer Bedeutung entsprechenden Weise durchzuarbeiten und zu ihnen Stellung zu nehmen. Dies wird auf einigen Seiten bezweifelt, und man meint vielfach, es werde der Sache selbst mehr gedient werden, wenn den Mitgliedern während der Ferien die Muße gegönnt wird, die Vorlagen einem gründlichen Studium zu unterziehen. Die erste Berathung könnte dann mit mehr Gewinn gleich nach den Ferien stattfinden. Viele Freunde hat der Plan, die vier Gesetzentwürfe einer *permanenten Kommission* zu überweisen, welche ihre Berathungen auch nach Schluß der Session fortzusetzen hätte. Die Arbeiten dieser Kommission würden sich dann jedenfalls bis nach Schluß der Reichstagssession ausdehnen.

— Offiziös wird geschrieben: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dezember erklärte, wie man sich erinnert, der Finanzminister in Folge einer Interpellation des Abg. Schmidt-Stettin: „Ich vermuthe, daß der Herr Vorredner auf denjenigen Theil meiner Rede bei Einbringung des Etats Bezug genommen hat, der sich mit dem *Mainkanal* beschäftigte. Ich habe damals ausgesprochen, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen seien, um die Staatsregierung in den Stand zu setzen, die Vorarbeiten abzuschließen. Diesen Worten fügte der Minister den Ausdruck der Hoffnung hinzu, daß es möglich sein werde, noch rechtzeitig einen Nachtragsetat für den Mainkanal einbringen zu können. Wie ich nun höre, liegt bei dieser Angelegenheit die Nothwendigkeit vor, mit den Mainuferstaaten eine gewisse Uebereinkunft zu treffen, ohne welche der Bau des Kanals nicht begonnen werden kann. Diese Verhandlungen sollen jedoch so beschleunigt werden, daß es möglich sein wird, falls nicht unvorherzusehene Schwierigkeiten eintreten, den in Aussicht genommenen Nachtragsetat in den ersten Tagen des Januar dem Landtage vorzulegen.

— Die „*Provinzial-Korrespondenz*“ schließt eine Uebersicht des Inhalts der *neuen Verwaltungsgesetze* mit folgenden Worten:

„Es ist an der Hoffnung festzuhalten, daß es gelingen werde, die Entwürfe, *noch im Laufe der gegenwärtigen Session* zu erledigen, damit die Einheit des Verwaltungs-Organismus alsbald hergestellt und Raum gewonnen werde für die noch bleibenden umfassenden Aufgaben auf dem Gebiete der kommunalen Reform.“

— Es scheint sich zu bestätigen, daß die *zweite* dem Landtage nach den Weihnachtsferien zu machende *Eisenbahnverstaatlichungsvorlage* außer der *Rheinischen* Eisenbahn auch die *Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn* umfassen wird. Wie die „Trib.“ hört, sind für die Generalversammlung letztgenannter Bahn 8000 Stimmen angemeldet, von denen ca. 5000 denjenigen Banken und Bankiers gehören, welche sich in den Dienst der eisenbahnpolitischen Pläne des Herrn Maybach gestellt haben. Das für die erforderliche Dreiviertel-Majorität noch fehlende eine Tausend Stimmen dürfte aus den übrigen drei Tausend Stimmen, wie wenigstens in maßgebenden Kreisen angenommen wird, zusammenkommen. Bei dieser Gelegenheit kann übrigens die anläßlich der vorigen Generalversammlung von einem Börsenblatt aufgetischte Erzählung von der Stimmenthaltung der Kronfideikomisses dahin richtig gestellt werden, daß seitens dieser Kasse nie Aktien zu den Generalversammlungen angemeldet worden sind, dieselbe demgemäß auch wohl keine im Besitz haben dürfte. Daß, wie hier und da angenommen wird, auch die *Berlin-Anhaltische Eisenbahn* der zweiten Verstaatlichungs-Kampagne anheimfallen wird, erweist sich schon jetzt als unmöglich; Herr Maybach hat sich gegenüber der letzten Forderung von 4½ Prozent Rente nicht weiter geäußert, so daß die Angelegenheit wegen der erforderlichen zwei Generalversammlungen noch mehrere Monate in Anspruch nehmen müßte.

— Die Vermuthungen über die Erfolglosigkeit der *Schankvorlage*, die mehrseitig sofort nach der Einbringung des Entwurfs ausgesprochen wurden, sind von der andern Seite vielfachen Zweifeln begegnet; jetzt wird von Allen zugegeben, daß die Regierung die Vorlage nicht halten kann und damit umgehe, sie zurückzuziehen. Der Entwurf über die Besteuerung der *Wanderlager*, dessen Einbringung die Offiziösen schon vor Wochen als unmittelbar bevorstehend avisirten, ist bis jetzt auch noch nicht erschienen. Endlich scheint auch aus dem *Kommunalsteuer-Gesetz* nichts Ganzes werden zu sollen. Man will das, was man für unabweisbar hält, in Form einer Novelle durchzubringen suchen.

— Der freikonservative Abgeordnete Graf *Wintzigerode* hat folgende *Interpellation* eingebracht:

1. Beabsichtigt die königliche Staatsregierung, noch in dieser Session den Entwurf einer *Wegeordnung* vorzulegen? und falls diese Frage verneint werden sollte,
2. welches sind die besonderen Gründe, welche gegenwärtig die Weiterverfolgung gesetzgeberischer Arbeiten hindern, deren Dringlichkeit von der königlichen Staatsregierung noch während der letzten Legislaturperiode ausdrücklich anerkannt ist?

Diese von einer Anzahl Freikonservativen unterzeichnete Anfrage kommt der Regierung gewiß nicht unerwünscht. Man kann die Antwort mit ziemlicher Bestimmtheit vorhersehen. Dreimal hat der frühere Handelsminister Dr. *Achenbach* eine Wegeordnung vorgelegt, ebenso oft ist dieselbe unerledigt geblieben. Schließlich gelangte man zu der Einsicht, daß vor Konsolidirung der Gemeinde- und Kreisgesetzgebung mit der Wegeordnung nicht weiter zu kommen sei. In dieser Richtung wird denn das Haus auch wohl diesmal beschieden werden. Die Regierung aber scheint Werth darauf zu legen, sich über die Sache wenigstens zu äußern.

— Man schreibt der „N. Fr. Pr“ über die *österreichisch-deutschen Zollverhandlungen* aus *Berlin* vom 5. Dezember: „Noch vor wenigen Tagen sprach man davon, daß die österreichischen Kommissäre, um die Verhandlungen bezüglich der Prolongirung des Meistbegünstigungs-Vertrages zu Ende zu führen, in acht Tagen hierher zurückkehren sollten. Wie aber jetzt aus bester Quelle verlautet, soll nunmehr die Regelung des Provisoriums auf rein diplomatischem Wege erfolgen. Die Hieherkunft der Kommissäre soll daher unterbleiben; auch die nichtpreußischen deutschen Kommissäre, die sich noch hier aufhielten, reisten ab und gedenken erst im Januar zum Beginn der Verhandlungen über einen definitiven Tarifvertrag wiederzukommen. Man hält hier an der Zuversicht fest, daß Oesterreich auf die freie Rohleinen-Einfuhr verzichten und so die Verlängerung des Meistbegünstigungs-Vertrages unter Aufrechterhaltung des Veredelungsverkehrs zu Stande kommen werde.“

— Die „*National-Zeitung*“ ist der Ansicht, daß der Nutzen, den man von der Einrichtung der *Eisenbahn-Räthe* erwartet, sehr beeinträchtigt werden würde, wenn man in dieselben Mitglieder entsendet, die von der Sache nur ein halbes Verständniß haben. Das Studium des Tarifwesens fordert den ganzen Mann. Elemente, die der Sache gewachsen sind, seien in dem Laienthum vorhanden. Man müßte sie dann aber auch an der ersten Quelle nicht in den Provinzial-Landtagen und deren Ausschüssen, sondern bei den Handelskammern und den landwirthschaftlichen Vereinen suchen. — Schließlich empfiehlt sie der Aufmerksamkeit den Vorschlag, dem Laienelement einen Platz in der Verwaltung selbst, anstatt nur in dem Beirathe einzuräumen.

— Eine der wichtigsten Aenderungen, welche an dem Gesetzentwurfe über die Aufbringung der *Gemeindeabgaben* von der betreffenden Kommission getroffen ist, ist die Streichung des § 23, durch welchen die *Doppelbesteuerung des Reingewinns der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien* ausgeschlossen werden sollte. Während nämlich § 15 diese Gesellschaften wegen ihres aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb fließenden Einkommens allgemein für steuerpflichtig erklärt, sollen nach § 23 die Besitzer von Aktien zu verlangen berechtigt sein, daß bei Bemessung ihres Gemeindezuschlags zur Klassen- resp. Einkommensteuer die ihnen aus dem Aktienbesitze zufließende Dividende außer Ansatz gelassen werde. Die letztere Bestimmung hat namentlich bei denjenigen rheinischen und westfälischen Gemeinden, wo solche Aktiengesellschaften in großer Zahl vorhanden sind, vielen Anstoß erregt, weil dadurch die jetzigen Erträge der Gemeindesteuern wesentlich vermindert werden. Die Kommission hat den § 23 gestrichen, weil jede Aktiengesellschaft eine juristische Person bildet, mithin in der gleichzeitigen Besteuerung der Aktiengesellschaft und der Aktionäre, der letzteren rücksichtlich des aus dem Aktienbesitz fließenden Einkommens, bei der Verschiedenheit der Persönlichkeiten eine Doppelbesteuerung nicht gefunden werden konnte.

— Von allen Seiten treffen jetzt Nachrichten ein, wonach der Kultusminister v. *Puttkamer* die Landräthe angewiesen habe, diejenigen *Geistlichen* zu bezeichnen, welchen die Leitung und Ertheilung des *Religions-Unterrichts* wieder überlassen werden könne. Allem Anschein nach hat man es mit einer

Stadttheater.

Posen, den 11. Dezember.

Wenn sich die abermalige Stagnation im Theaterbesuche durch die Konzentration auf den heutigen Benefizabend deuten läßt, so wäre dies wenigstens das eine Gute am Schlimmen; ohne diesen tröstlichen Hintergedanken im Herzen machte es aber gestern wieder einen geradezu befremdenden Eindruck, die zweite Opernvorstellung der Saison vor so leeren Bänken sich abspielen zu hören. *Boieldieu's* schöne anmuthige Oper „*Die weiße Dame*“ hat doch sonst bei ihrer gewohnten jährlichen Wiederkehr sich stets der Aufnahme zu erfreuen gehabt, die man einem liebgewonnenen alten Freunde schuldet. Bedenkt man noch dazu, daß wir seit Ende Januar, also seit ¾ Jahren, gar keine Oper hier gehabt haben, daß die erste Opernvorstellung vor acht Tagen doch wahrlich kein ungünstiges Horoskop stellte, ja daß schon beim Studium des Zettels zur gestrigen Vorstellung die Neugierde das Ihre hätte thun können, denn es handelte sich um das erste Auftreten zweier neuer Gesangskräfte, um die Mitwirkung einer bisher nur im Operettenfach beschäftigten beliebten Sängerin, um die Bekanntschaft eines zweiten Kapellmeisters; bedenkt man schließlich, daß selbst die himmelstürmende Mühe zur Entdeckung von Abhaltungsgründen an der plötzlichen milderen Witterung scheitern müßte, so bleibt eben nichts als die lieblose Thatsache in ihrer vollen unbegründeten Existenz.

Nun muß man ferner des wohlthätigen, hübschen Verlaufs der ganzen Vorstellung theilhaftig gewesen sein, muß sich nach langem Interregnum, der geschmackvollen Inscenirung und der erfreulichen musikalischen Bewältigung der Aufgabe durch das Orchester unter Herrn *Reißner's* Aegide gefreut haben, muß das allmälige bestimmtere und sichere, auch den Verhältnissen gemäß wuchtigere Eingreifen der Chöre erfahren haben, um es zu bedauern, kein zahlreicheres Auditorium zum Mitgenossen gehabt zu haben.

Frl. *Bondi* als Anna festigte gestern allseitig die günstigen Auspizien, die ihr erstes Auftreten als Leonore im „Troubadour“ eröffnet hatte. Ihre große Arie mit dem reichen Arabeskenschmuck bei Beginn des dritten Aktes gelang ihr glänzend, im Duett mit Georg Brown, im Terzett und in den Ensemblesätzen, überall klang diese Stimme schön und siegreich heraus, dabei werden diese gesanglich schönen Qualitäten von einem wohldurchdachten Spiele gehoben und gefördert. Frl. *Hänseler* als Frau Pächterin Jenny stattete die liebenswürdige Rolle mit all' den Vorzügen aus, die Dichter und Komponist in sie hineingelegt haben. Die Stimme ist kräftig und klar, war gestern auch frei von jenen nach der Höhe hin oft schrillen Accenten und ist jener schalkhaften Beigabe theilhaftig, die auf eine natürliche Bestimmung für die komische Muse hinweist. Ihre Ballade „Seht ihr von fern die alten Mauern“ machte sich recht gut und wirksam. Ihr zur Seite vertrat Herr *Jüchtzer* als Pächter Dikson den zweiten drolligen Charakter und er that es in einer ebenso anspruchslosen als gefälligen und wirksamen Weise.

Als Kastellan Gaveston lernte das Publikum zum ersten Male Herrn *Bendt*, bisher an der Oper zu Schwerin thätig, kennen. Die Bekanntschaft kann getrost als eine gute und hoffnungsvolle bezeichnet werden. Die Rolle ist an und für sich weniger hervorragend, sie bietet keine Gelegenheit in Solo-Nummern zu brilliren und die Aufmerksamkeit dauernd zu konzentriren, sie schmiegt sich, außer einzelnen mehr rezitativ gehaltenen Episoden, den einzelnen Stimmen an und tritt nur in den Ensemblesätzen in die volle Gleichberechtigung mit den übrigen. Und dennoch leuchtete aus der ganzen Handhabung der Rolle eine achtunggebietende Schaffenskraft hervor. Die Stimme ist sonor, markant und kräftig und verspricht sich ihre volle Anerkennung weiterhin noch zu erobern.

Frau *Reißner* als alte Dienerin Margarethe fand sich mit ihrer berühmten Arietta ganz befriedigend ab. Als Georg Brown lernte das Publikum zum ersten Male Herrn *Limann* kennen. Herr L. war bekanntlich wegen einer hochgratigen Heiserkeit der Grund, daß die Oper letzten Sonntag für Mittwoch zurückgestellt wurde. Das momentane Leiden schien uns gestern noch nicht vollständig behoben zu sein.

Wer das zartgefügte Stimmregister kennt, womit Auber seinen Georg Brown ausgestattet haben will, wird die Schwierigkeiten ermessen, die der Sänger zu bekämpfen hatte. Können wir deshalb über die eigentliche stimmliche Begabung des Sängers nur an die Zukunft appelliren, so könne wir doch andererseits nicht umhin, der Vorzüge zu gedenken, die durch den Schleier hindurch erkenntlich waren, eine leichte zwanglose Beherrschung der Coloratur und eine geschickte Verwendung des Falsetts. Der Chöre gedachten wir schon kurz, sie spielen in dieser Oper keine kleine Rolle, namentlich in der großen Auktionsszene greifen sie hervorragend mit ein, bilden zum Vortrag der Ballade den Refrain und entfalten auch anderseits ihre harmlose schottische Wirksamkeit; man konnte mit dem Gebotenen recht wohl zufrieden sein.

Das Orchester erwies sich unter Hrn. Reißner's gut und Leitung, recht wohlthätig war es auch, die in vorjährigen Vorstellungen ddrch das Pizzicato von Violinen imitirte Harfe diesmal durch die Klänge eines Klavirs ersetzt zu hören. Wie wir namentlich der decenten Begleitung des Hornes zu Georgs Cavatine gedenken, so möchten wir andererseits dem Fagott einen etwas weniger burlesken Ton anempfehlen. th.

---

* **Die strenge Kälte** ist in der verflossenen Woche in ganz *Europa* zur Herrschaft gelangt. Von Rußland aus Tomsk — 40,9 Grad, Omsk — 33,4 Grad, Archangelsk — 32,7 Grad, Akmolinsk — 30,2 Grad, Irbit — 28,4 Grad Celsius im Laufe der Woche gemeldet. Die Newa ist bei Petersburg bei einem Wasserstande von 40 Zoll über den Normalstand seit dem 26. v. M. fest zugefroren, ebenso die Weichsel und Swine an ihrer Mündung in die Ostsee. Die Elbe ist gleichfalls bereits mit Eis bedeckt. Diese strenge Kälte erstreckte sich aber auch über den ganzen Westen Europas, so meldete sogar die Station Paris — 13,7 Grad, Bern — 15,3 Grad Celsius am 3. d. M. und selbst Madrid am 2. d. M. — 3,2 Grad. Aus Genua, Florenz, Nizza und Rom wird gleichfalls über starke Schneefälle und negative Temperaturen berichtet. Im Verlaufe des 3. und 4. d. M. erschien zwar im Golf von Biscaya ein sehr intensives Sturm-Centrum, welches nordöstlich fortschritt, die Atmosphäre in stürmische Bewegung versetzte und über Westeuropa momentan ein rasches Steigen der Temperatur zur Folge hatte. Doch glichen sich im Verlaufe des 5. d. M. die Druckdifferenzen rapid aus und war dessen Einfluß bald paralysirt. — Die See war besonders an den westlichen Gestaden Europas wiederholt heftig bewegt und herrschten Schneestürme über ganz Großbritannien bis an die spanischen Küsten, ebenso war über der Adria wiederholt stürmisches Wetter zu verzeichnen. Der Orient war diesmal nur wenig beeinflußt und war selbst in der Walachei die Temperatur größtentheils höher als die normale. — Nach den letzteingelangten Depeschen ist die Vertheilung der Barometerstände wieder eine ziemlich gleichmäßige und ist ruhigeres Frostwetter bei abnehmender Kälte weiter voraussichtlich. Aus Paris wird unterm 5. berichtet: Nicht allein der Verkehr von Paris, sondern auch der von ganz Frankreich liegt in Folge des großen Schneefalls darnieder. Die Eisenbahnen nehmen weder Güter noch Reisende an. Mit Oesterreich, Italien, der Schweiz und Spanien sind alle Verbindungen abgebrochen. Nicht allein der Post-, sondern auch der Telegraphendienst wurde eingestellt. Der Telegraph spielt noch mit Deutschland, aber auf sehr unbefriedigende Weise, Paris selbst ist seit zwei Tagen äußerst still. Man sieht auf den Straßen nur sehr wenige Wagen und gar keine Leute, da sich Niemand hinauswagt, der nicht muß. Das heutige Paris bietet ungefähr den Anblick, wie zur Zeit

generellen Verfügung zu thun, von deren Inhalt Kenntniß zu erhalten um so dringender wünschenswerth ist, als die ersten Mittheilungen hierüber offiziös in Abrede gestellt worden sind. Wie die „V. Z.“ hört, wird bei der Berathung des Kultusetats Herr v. Puttkamer aufgefordert werden, diese Verfügung ihrem Wortlaute nach zur Kenntniß zu bringen.

— Wiederholentlich war auf den Mangel der immer wieder neu bekannt gemachten Bedingungen für den Beitritt zur staatlichen allgemeinen Wittwenverpflegungs-Anstalt hingewiesen worden, weil diese Bedingungen die allein rechtlich giltigen Standesamts-Beurkundungen vollständig unbeachtet ließen. Der neue Vorgesetzte der genannten Anstalt Geh. Ober-Finanzrath Rötger hat nun unterm 19. v. M. die Aufnahme-Erfordernisse neu herausgegeben und darin die neue Standesamts-Buchführung berücksichtigt, indem er für den Beitritt verlangt, „förmliche Geburtsatteste beider Gatten und einen Kopulationsschein beziehungsweise eine Heirathsurkunde, die als mit dem Heirathsregister gleichlautend, von dem Standesbeamten bestätigt ist.“ Erläuternd wird hinzugefügt: „Da die unserer Anstalt beitretenden Ehepaare nicht jünger als 21 beziehungsweise 16 Jahre alt sein können und viele eintretende Mitglieder sich schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 6. Februar 1875 verheirathet haben, so wird noch eine geraume Zeit vergehen, ehe Tauf- und kirchliche Kopulationsscheine von uns ausgeschlossen und durchweg nur Geburts- und Heiraths-Urkunden, auf Grund jenes Gesetzes gefordert werden dürfen.“ In Preußen ist bekanntlich die Zivilstands-Gesetzgebung bereits am 1. Oktober 1874 in Kraft getreten, und danach können alle nach dieser Zeit Verheiratheten nur Standesamts-Atteste beibringen.

Aus Oberschlesien. [Der Nothstand und die Organisirung der Hilfe.] Der „N. Z.“ wird von ihrem Spezialkorrespondenten geschrieben:

„Auf die ersten Anzeichen vom Ausbruch ansteckender Krankheiten an irgend einem Punkte müssen die umfassendsten Vorkehrungen zu deren Bekämpfung getroffen werden. Jeder Tag längeren Verzuges kann für weitere Verbreitung einer Epidemie von unberechenbarem Nachtheil sein. Wenn nach Ausspruch von sachverständiger Seite die Verabreichung besonders guter, nahrhafter Kost an alle Bedürftigen eines von einer Epidemie bedrohten Ortes als hauptsächlichstes vorbeugendes Mittel zu betrachten ist, so fällt gerade auch bei der näher gerückten Gefahr des Ausbruches von Epidemien der Privatwohlthätigkeit eine sehr wichtige Aufgabe zu. Es erscheint hiernach nothwendig, die Spenden in den einzelnen vom Nothstande bedrohten Kreisen (Ratibor, Kosel, Rybnik, Pleß und Lublinitz) zu zentralisiren. Nur so kann in dringenden Fällen die Requisition bestimmter Summen im Nothfalle auch mündlich geschehen und eben so erledigt werden. Das geeignetste Organ für jeden Kreis dürfte der Kreisausschuß sein, soweit sich nicht bereits besondere Kreisunterstützungskomités gebildet, die aber auch im Wesentlichen die Mitglieder des Kreisausschusses enthalten werden, welche aus den einzelnen Kreisen des Theiles besonders geeignete Persönlichkeiten kooptiren. Der Kreisausschuß resp. das von ihm zu bildende Kreiskomité besitzt in den einzelnen Amtsvorstehern und den letzteren zur Verfügung stehenden Beiräthen, Ortsgeistlichen, Ortsvorstehern, organisirte Nebenkomités, welche die ihnen unterstehenden Amtsbezirke leicht zu übersehen in der Lage sind. Das Rybniker Kreis-Komité beabsichtigt, bei den einzelnen Ortsvorstehern Depots von Cerealien und Gelmitteln zu errichten, um es diesen Unter-Komités zu ermöglichen, jeder Zeit schleunige Hilfe leisten zu können. Die Kreis-Komités werden natürlich seiner Zeit über die ihnen überwiesenen Spenden öffentlich Rechnung legen.“

In Solarnia sind, wie der „Oberschl. Anz.“ meldet, außer den beiden Flecktyphus-Kranken noch 21 Personen krank; die Mehrzahl der Fälle gleicht dem Abdominaltyphus. — Aus Ratibor wird vom 9., früh 6 Uhr berichtet: „Wir haben dreiundzwanzig Grad Kälte! In einzelnen Kreisen Oberschlesiens pflegt die Kälte in der Regel um drei Grad strenger zu sein; also sind vermuthlich in Pleß, Rybnik und Groß-Strehlitz heute 25—26 Grad.“

— Die „Breslauer Zeitung“ erhebt dringend den Ruf nach Verbot der Kartoffel-Ausfuhr als Aequivalent für die Getreideschutzzölle. „Das Getreidegeschäft,“ schreibt sie, „wird von Woche zu Woche lebhafter, je näher wir zu dem Zeitpunkte gelangen, wo der Getreideschutzzoll in Kraft treten soll. Oberschlesien hat auch wohl noch nie so viel Kartoffeln exportirt als dieses Jahr, und noch immer nehmen die Abschlüsse und Verladungen kein Ende. Oberschlesien darbt, das nothwendigste Ernährungsmaterial, die Kartoffel, fehlt dort in den dicht bevölkerten Kreisen der Berg- und Hütten-Regionen, trotzdem kauft man in Schlesien auf, was bei dieser mangelhaften Ernte nur möglich ist, und schafft es nach England. Die Lebensmittel, die aus dem Auslande nach dem Inlande importirt werden müssen, sollen einer Steuer unterworfen werden, während man bei dem bereits bestehenden Nothstande die unbeschränkte Ausfuhr unseres nothwendigsten Nahrungsmittels ungehindert gestattet. England zahlt Preise für Kartoffeln, die wohl dem Produzenten, noch mehr aber dem Zwischenhändler gefallen werden, die aber unsere armen Konsumenten nicht erschwingen können. Zum Frühjahr müssen Kartoffeln einen ungeahnten Preis erreichen, wenn man dieser uuaufhörlichen Ausfuhr keine Riegel vorschiebt. — Vielleicht thut man es, wenn es zu spät ist und wir auf den Import von Kartoffeln werden angewiesen sein.“

○ **Karlsruhe,** 10. Dezember. Während über die Verständigung mit der Kurie in Preußen fortwährend die widerspruchsvollsten Nachrichten umlaufen und über die Einzelheiten der gepflogenen Verhandlungen vollständiges Dunkel herrscht, schickt man sich in Baden wirklich zu dem ernstlichen Versuche an, das von dem Präsidenten des Ministeriums des Innern neulich entwickelte Programm der Ausgleichung von Fall zu Fall zur Ausführung zu bringen. Der Angelpunkt des badischen Kirchenstreites ist seit langer Zeit das Examengesetz, d. h. die Vorschrift einer wissenschaftlichen Staatsprüfung für die Kandidaten der Theologie. Die protestantischen Theologen haben sich dieser Vorschrift ohne Widerstreben unterworfen, die erzbischöfliche Kurie in Freiburg aber hat dieselbe von vornherein zu einer Prinzipienfrage ersten Ranges gemacht, so daß der erbittertste Kampf hierüber unvermeidlich war. Man hätte einen modus vivendi finden können, wenn die einzelnen Kandidaten um Erlassung des Staatsexamens eingekommen wären. War dann das erforderliche Maß allgemein wissenschaftlicher Bildung wirklich so zweifellos, wie die Kurie behauptet, so hätte die Staatsbehörde leicht in jedem einzelnen Falle Mittel und Wege gefunden, sich dessen zu versichern, and das Erlassungsgesuch hätte regelmäßig gewährt werden können. Aber der Bischof Kübel verbot den Theologen ausdrücklich dies Dispensgesuch, verbot ihnen andererseits selbstverständlich auch die Ablegung des Staatsexamens, und so herrscht denn in Baden jetzt bereits ein vollständiger Mangel an jungen katholischen Geistlichen. Begreiflicherweise ist man über die Konsequenzen dieses Zustandes auf beiden Seiten besorgt, auf Seiten der Kirche wie des Staates. Es war denn auch längst kein Geheimniß mehr, daß über ein modifizirtes Examengesetz mit der Kurie unterhandelt werde. In der neulichen Adreßdebatte sodann hat Ministerialpräsident Stößer ein solches Gesetz bestimmt in Aussicht gestellt. Ueber den Inhalt sagte er nichts. Nach seiner energischen Wahrung der staatlichen Rechte aber ist nicht daran zu denken, daß die Regierung den mit der Examenvorschrift eingenommenen prinzipiellen Standpunkt aufzugeben bereit sei. Bei dem ungeheuren Einfluß der Geistlichen auf das Volk muß der Staat ein Mittel haben, sich darüber zu vergewissern, ob die allgemeine Bildung dieser Männer dem hohen Posten entspricht, den sie in unserem Kulturleben einzunehmen berufen sind. Entgegenkommen aber kann man der Kurie insofern, als man auf die Ablegung eines besonderen Examens vor einer rein staatlichen Behörde verzichtet und den Zweck der Sicherstellung der Anforderungen des Staates mit dem eigentlichen theologischen Examen verbindet. Man würde Beauftragte des Staates an diesem Examen theilnehmen lassen, sei es, daß man direkt einen staatlichen Kommissar entsendete, sei es, daß man die Prüfung in die Hände der theologischen Fakultät zu Freiburg legte. In solcher Weise etwa denken wir uns den Vorschlag, welchen die badische Regierung zu machen beabsichtigt. Die nationalliberale Kammermehrheit wird ihr dabei keine Schwierigkeiten bereiten. Was dieselbe aber unseres Erachtens verlangen sollte, wenn es die Regierung nicht bereits aus eigenem Antriebe thut, wäre die vorherige Zurücknahme des Verbotes der Dispensnachsuchung seitens der erzbischöflichen Kurie. Dieses Verbot enthält eine so schroffe Herausforderung des Staates, daß dieser schon um seiner Ehre willen nicht mit vollständig fertigen Vermittelungsvorschlägen hervortreten kann, so lange es fortbesteht. — Angesichts der Wichtigkeit, welche auch in Preußen dem durch das Gesetz vom 11. Mai 1873 eingeführten sog. Kulturexamen in dem kirchenpolitischen Konflikte beiwohnt, ist es nicht ohne Interesse, den Gang dieser Frage in Baden zu verfolgen.

Belgien.

Brüssel, 8. Dezember. Nun setzt auch ein Organ der Jesuiten, die „Civiltà Cattolica“, einen Trumpf auf den belgisch-vatikanischen Gedankenaustausch und schreibt: „Man hat gesagt, aus politischem Groll und religiösem Fanatismus hätten die belgischen Bischöfe das Maß überschritten und die Strenge der wahren Kirchenzucht übertrieben und sich so katholischer gezeigt als der Papst. Aber wir haben allen Grund (ogni ragione) zu glauben, daß die vom belgischen Episcopat ausgegangenen Hirtenbriefe vom obersten Papste Leo XIII. gelesen und gebildet (lette eo approvate) worden sind. Wie kann man auch nur an einen Widerstreit zwischen Papst und Bischöfen denken, da die von diesen vertheidigte und angewandte Lehre nichts Anderes ist als die Lehre des Syllabus, die Leo XIII. selbst in seinem Schreiben an den Kardinal-Vikar über die neuen Schulen in Rom als die allein wahre bekannt hat? Der Liberalismus hat, wie er es schon einmal bei der Thronbesteigung Leo's XIII. plumper Weise versuchte, durch heuchlerische Belobigung der Milde und Klugheit des Stellvertreters Christi den Vorwurf des Fanatismus auf die aller Verehrung würdigen Bischöfe, auf die glaubenseifrige Geistlikeit und auf die Katholiken abwälzen wollen, welche Ein Herz und Eine Seele mit dem Papste und stets bereit sind, nicht nur seinem Willen zu gehorchen, sondern auch seinen Gedanken und Wünschen zuvorzukommen.“ Wie soll man nach dieser Erklärung den Bescheid verstehen, den der Kardinal Staatssekretär Nina dem belgischen Gesandten (Depesche vom 5. Okt.) ertheilt hat, daß die Bischöfe ihm allerdings zu weit gegangen zu sein schienen und daß die auch ihm erwünschte andere Lösung erfolgt sein würde, wenn die wiederholt vom Papst ergangene Mahnung zur Ruhe, Klugheit und Mäßigung befolgt worden märe? Nun, die Bischöfe haben die Mahnung nicht befolgt, weil sie an Ort und Stelle besser zu sein glaubten als der Papst und weil sie annehmen durften, daß der Papst an Ort und Stelle ganz eben so handeln würde wie sie, sind sie eben „seinen Gedanken und Wünschen zuvorgekommen.“

Großbritannien und Irland.

[Die Agitation in Irland.] Thomas Brennan, der Sekretär der irischen National-Land-Ligu, ist verhaftet worden; die Anklage bezieht sich auf dessen Aeußerungen bei dem jüngst abgehaltenen Land-Mee-

---

als die Kommune zu Boden geworfen war. Damals waren, wie auch heute, alle Straßen verlassen und öde und die Stellen, wo sich sonst die Droschken befinden, vollständig leer. Einen sonderbaren Anblick gewähren die Omnibusse und Tramway's; die ersteren sind mit drei, vier und fünf Pferden und die letzteren mit sechs Pferden bespannt, sind aber trotzdem gezwungen, wie schwere Packwagen in Paradeschritt zu fahren. An Thauwetter ist bei dem tiefen Thermometerstande für den Augenblick nicht zu denken. Die Pariser nehmen das Unwetter ziemlich geduldig hin, und viele benutzen es, um sich nordische Vergnügungen zu verschaffen, d. h. sie durchfahren die Champs Elysées und das Bois de Boulogne im Schlitten oder laufen auf den Seen des letzteren Schlittschuh. Die Anwohner der Seine sind aber nicht guten Muthes. Der Fluß geht stark mit Eis und wird, wenn die Kälte andauert, wahrscheinlich zum Stehen kommen. Außerdem befürchtet man, wenn Thauwetter eintritt, schlimme Ueberschwemmungen. Dagegen wird unterm 6. aus Paris gemeldet: Der Himmel hat sich bei 1 Centigrad Kälte aufgehellt. Durch die getroffenen großartigen Maßregeln hat sich der Verkehr in der Stadt gebessert; aber die Verbindung mit Lyon ist noch nicht hergestellt. Die Eisenbahn von Orleans ist wieder in Thätigkeit, doch noch mit starken Verzögerungen. Die Bahnzüge von Köln treffen mit sechs Stunden Verspätung ein. Auf anderen Eisenbahnen ist der Betrieb noch unterbrochen. Der Schneefall in Paris erreichte die Höhe von 40 Cmt.; im Ganzen werden 6 Millionen Kubikmeter Schnee, die Paris überschütteten, berechnet. In den Zentralhallen trafen gestern fast gar keine Lebensmittel vom Lande ein; heute jedoch war der Zustrom wieder besser; Paris bekam auch seine Milch wieder.

---

* **Im Verein für die Geschichte Berlins** hielt am Sonnabend der Rektor Fischer einen Vortrag über Luise Braun, das Berliner Wunderkind aus der Schifferstraße, die unter diesem Titel Ende 1848 ganz Berlin in Aufregung versetzte und durch ihren himmlischen Führer Gohnahtumb (eigene Orthographie des Wunderkindes) zahllose Heilungen bewirken sollte. Die Geschichte der Luise Braun erinnert lebhaft an Luise Lateau, ihr obengenannter Führer ist freilich Niemandem erschienen. Luise Braun, die 12jährige Tochter des Holz-Anweisers Braun, war als Wunderkind aufgetreten, heilte alle Krankheiten, ohne Bezahlung, ohne Medikamente, lediglich durch Gebet, durch Gebet, das sie selbst verrichtete und den Patienten empfahl. Man nannte seinen Namen, beschrieb seine Krankheit und erhielt sofort die tröstende Nachricht: „Sie werden geholfen werden.“ Natürlich waren unter der zuströmenden Menge auch Zweifler, auch solche, die die Sache näher prüfen wollten. Dabei kam denn Folgendes zu Tage: Luisens Vater war ein alter Soldat und bekleidete seit 24 Jahren treu und redlich seine Holzanweiserstelle mit 10 Thlr. Gehalt. Er hat keinen tadelnswerthen Einfluß auf die Tochter ausgeübt. Die Mutter dagegen war sehr eingenommen von ihrer Tochter und hatte schon früher immer behauptet, daß dieselbe Kräuter gegen alle Krankheiten besitze. Auch nahm sie — keine Belohnungen für die Heilungen ihrer Tochter, wohl aber anonyme Geldsendungen an. Luise selbst, 12 Jahre alt, sah mehr schlau und frivol, als fromm und würdig aus. Sie spielt nnd tändelt in der Stube umher, steigt auf einen Stuhl, um zum Fenster hinaus zu schauen, sieht die eingegangenen Meldungen durch, legt sie geöffnet oder ungeöffnet in einen großen Korb und bestellt die wartenden Leute zu — morgen. Um Ostern 1848 hatte sie eine Fieberkrankheit zu überstehen gehabt. In diesem Fieber hatte sie nicht nur den Teufel, sondern auch einen schönen schlanken Jüngling, ihren Führer Gohnahthumb, zuerst gesehen, war von ihm durch alle 10 Klassen des Himmels geführt worden, hatte die Geister der Verstorbenen gesehen, war von Christus selbst vor Gott geführt worden und hatte endlich die Nachricht erhalten, daß ihr die Macht verliehen sei, alle Kranke zu heilen. Diese Fieber-Phantasien hatte sie nun merkwürdiger Weise bei ihrer Genesung nicht etwa vergessen oder als Phantasien erkannt, sondern sie beutete sie, wie wir gesehen, unumschränkt aus. Woher aber hatte Luise all diesen Unsinn? Man blieb darüber im Unklaren. Ein Bauaufseher Wesseli, der viel in der Familie verkehrte, ein bigotter Mensch, widersetzte sich angelegentlich einer Beobachtung und Untersuchung Luisens außerhalb ihrer Wohnung und scheint der wahre Gohnahthumb gewesen zu sein. Selbstverständlich waren all die von Luisen bewirkten Heilungen, von denen Berlin voll war und Jedermann ganz genau zu erzählen wußte, eitel Trug und nichts als Trug; die genaueren ärztlichen Untersuchungen haben vielfach ergeben, daß Kranke, die Luisen besucht hatten, kränker geworden, weil in der Zwischenzeit die Krankheit vernachlässigt worden war. Der Andrang nach der Schifferstraße nahm denn auch allmälig ab, es wurde still, ganz still von dem Wunderkinde. Am 22. Februar 1853 dagegen sehen wir das Wunderkind vor den Schranken des berliner Kriminalgerichts, angeklagt einer ganzen Reihe von Betrügereien, ausgeübt gegen den Vize-Feldwebel Neuenfeldt und andere Personen. Luise hatte sich in der Zwischenzeit vervollkommnet, sie brauchte Geld, viel Geld zu Theater, Konzert und Bällen, zu Putz und Näschereien. Was Wunder, daß sie leichtgläubige Menschen ausbäutete, mit Versprechung von Kammerherrnstellen hinhielt und schließlich in's Irrenhaus brachte. Luise Braun ward zu 9 Monat Gefängniß und 500 Thlr. Geldbuße verurtheilt. Ihre Rolle war ausgespielt.

---

* **Der in der Lokalgeschichte Berlins** allgemein bekannte Thierarzt Ludwig Urban ist am Freitag, 74 Jahr alt, nach laugem Leiden gestorben. Im Jahre 1848 in den politischen Klubs von Berlin ein Hauptredner, war Urban es, der am 19. März mit Stieber dem Könige Friedrich Wilhelm IV. bei dem Umzug durch die Straßen zur Seite ritt. Damals eine sehr populäre Person, verschwand Urban in der Folgezeit von dem Schauplatz der Oeffentlichkeit, bis er in jenem Moment, da auf dem Konzil zu Rom das Unfehlbarkeits-Dogma proklamirt wurde, von Neuem Volksversammlungen berief, in denen er einen „offenen Brief an den Papst“ zur Verlesung und Diskussion brachte. Damals geschah es zuerst, daß man in Folge der lebhaften Opposition, welche Urban durch Mitglieder der kathol. Gesellenvereine unter Leitung der heute noch bekannten Führer erfuhr, von der Existenz einer ultramontanen Partei in Berlin Kenntniß erhielt. Nachdem jener „offene Brief an den Papst“ nichts als einige tumultuarische Versammlungen zu Wege gebracht, versuchte Urban eine Lanze für die Trichinen eizulegen, deren Ungefährlichkeit er unter öffentlicher Verzehrund trichinöser Wurst zu beweisen suchte. Nunmehr vollständig der Spottsucht der Berliner verfallen, verschwand der seltsame Mann, dessen ehrwürdiges Aeußere — eine hohe, kräftige Gestalt mit wallendem, grauem Haupt- und Barthaar — stark mit seinem Auftreten kontrastirte, wiederum aus der Oeffentlichkeit, und erst sein Tod bringt den Berlinern wieder eine Persönlichkeit in Erinnerung, die als ein redendes Beispiel der wandelbaren aura popularis gelten kann.

---

* **Anton Langer,** einer der populärsten wiener Schriftsteller, ist am Sonntag in Wien gestorben. Langer begann — 20 Jahre alt — nachdem er früher schon in Taschenbüchern kleinere novellistische Arbeiten veröffentlicht hatte, als Journalist und Theaterkritiker zuerst in Bäuerle's „Theater-Zeitung“ seine Thätigkeit. Die Theaterkritik führte ihn der Bühne selbst zu; im Verein mit August Wilhelm Just gründete er das Sommertheater (Arena) in dem Vorort Hernals und wirkte an demselbem wie später an der Josefstädter Bühne als dramatischer Volksdichter. Im März 1850 übernahm er die Redaktion der im wiener Volksdialekt gehaltenen satyrisch-komischen Wochenschrift „Hans Jörgel“. Für die wiener Bühnen war Langer Jahre hindurch mit großem Erfolg thätig. Viele von seinen Stücken wurden in ganz Deutschland gespielt, manche für die norddeutschen Bühnen mit großem Erfolg bearbeitet, wie z. B. der „Aktienbudiker“. Neben dem Volksstück hat Langer mit Eifer auch das Feld des Romans kultivirt.

---

* **Die Royal Society,** Englands Akademie der Wissenschaften, hat in ihrer am 1. d. gehaltenen Jahressitzung ihre vornehmste Auszeichnung, die im Jahre 1730 gestiftete Copley-Medaille für die hervorragendsten wissenschaftlichen, dem deutschen Physiker Prof. Dr. Rudolf Clausius an der Universität Bonn zuerkannt und dem auf Einladung persönlich erschienenen Gelehrten überreicht. Bei dem Festmahl, welches der Sitzung sich anschloß, brachte der deutsche Botschafter Graf Münster einen Toast auf die Royal Society aus, deren große, auch in Deutschland allgemein anerkannte wissenschaftliche Bedeutung er hervorhob, um zugleich seine lebhafte Freude darüber auszusprechen, daß die Copley-Medaille dieses Mal einem seiner Landsleute zuerkannt worden sei. Prof. Clausius, am 2. Januar 1822 zu Cöslin in Pommern geboren, hat seine wissenschaftliche Wirksamkeit in Berlin als Dozent an der Universität und an der Artillerieschule begonnen; von 1855 bis 1867 ist er in Zürich Professor der Physik am Polytechnikum und zugleich an der Universität gewesen, sodann einem Rufe nach Würzburg gefolgt, aber schon 1869 von dort nach Bonn übergesiedelt. Seine wissenschaftlichen Leistungen gipfeln in der von ihm mathematisch in allen Theilen begründeten und auch auf die Dampfmaschinenlehre und auf viele elektische Erscheinungen angewandten Lehre von der Wärme als einem Bewegungszustand der Materie.

ting in Balla und gesetzwidriges Benehmen gegen die irische Konstablerschaft. Das Verhör wird in Castlebar stattfinden, wohin der Verhaftete am Freitag Morgen überführt wurde. Die Verhaftung erregte nur geringes Erstaunen in Dublin. Brennan soll gewußt haben, daß ein Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen war, und ist trotzdem in der letzten Woche häufig in den Straßen Dublins gesehen worden; derselbe scheint absichtlich sogar den Schein vermieden zu haben, als wolle er sich der Verhaftung entziehen, welche schließlich in aller Ruhe vor sich ging. Die Regierung soll die Verhaftung Brennan's auf nachstehende Aeußerungen seiner Balla-Rede basiren:

„Welche Worte Mr. Davitt auch immer in Gurteen gesprochen haben mag, so mache ich sie heute zu den meinigen; würde ich sie kennen, so sollte mich nichts abhalten, sie zu wiederholen, da ich im Herzen die Ueberzeugung trage, daß es Worte der Gerechtigkeit und Wahrheit waren. Wir dürfen die große Thatsache nicht vergessen, daß der Boden Irlands dem Volke von Irland gehört. Wir müssen den Lehrern der Apostel unseres Glaubensbekenntnisses folgen, die heute dessen Märtyrer sind. Wir werden keine Pacht bezahlen, wenn keine entsprechende Reduktion gewährt wird. Wir wollen keine Farm übernehmen, von welcher ein anderer vertrieben wurde. Wir müssen uns der Röcke entledigen und ernst an die Arbeit gehen. John Mitchill rief von der Anklagebank, daß Hunderte bereit seien, in seine Fußstapfen zu treten; Mr. Davitt soll es heute in seinem Gefängniß erfahren, daß nicht Hunderte, sondern Hunderttausende bereit sind, das von ihm begonnene Werk zu vollenden."

Aus Dublin wird gemeldet, daß das umlaufende Gerücht von weiteren bevorstehenden Verhaftungen von Mitgliedern der Land-Liga durchaus grundlos ist. Der Besuch, den der Vizekönig Herzog von Marlboroug dem Earl of Granard abgestattet, hat Ersterem Gelegenheit gegeben, mit mehreren einflußreichen Grundbesitzern West-Irlands über die Lage des Landes und die besten Mittel, dem Nothstande zu begegnen, zu konferiren. Bestem Vernehmen nach, beabsichtigt die Regierung, die energischsten Hilfsmaßregeln zu ergreifen. — Donnerstag Abend gegen 7 Uhr wurde ein kleiner Farmer von Ballina, welcher in seinem Wagen vom Mullinger Markte nach Hause zurückkehrte, angefallen und schwer verwundet. Derselbe erhielt drei Revolverkugeln in den Rücken. Der Unglückliche fuhr eine halbe Meile weiter bis zum nächsten Hause an der Landstraße, wo er Aufnahme und ärztliche Pflege fand. Ein Farmer Namens Barry wurde am Donnerstag Vormittag in der Nähe von Suchibridge, Grafschaft Clare, todt aufgefunden. Derselbe soll auf dem Heimwege vom Markt, seines Geldes beraubt worden sein; der Mord wird auf agrarische Ursachen zurückgeführt. — Im Dublimer Queens Bench-Gerichtshofe stellte am 5. d. Mts. Mr. Monroe, der Kronanwalt, den Antrag, daß, wenn die „Grand Jury" von Sligo die gegen die irischen Volksaufwiegler Daly, Davitt und Killen erhobene Anklage bestätige, der Prozeß der Angeklagten vor die Assisen von Dublin gewiesen werde. Dem Antrage wurde stattgegeben.

Spanien.

Die spanische Ministerkrisis ist beendet, Canovas del Castillo, der im März dieses Jahres Martinez Campos weichen mußte, ist jetzt wieder Ministerpräsident und so der Nachfolger seines Nachfolgers geworden. Noch am Dienstag Morgen, nachdem der Plan, ein Kabinet de Posada Herrera zu bilden, gescheitert war, lehnte Castillo den Auftrag des Königs, selbst ein Kabinet zu bilden, aus Gesundheitsrücksichten ab. Als aber auch die Bildung eines Kabinetes Ayala scheiterte, wandte sich der König Dienstag Abend wiederum an Canovas del Castillo, der dann die Bildung des Kabinets übernahm. Das neugebildete Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Canovas Präsident, Torenoz Auswärtiges, Orovia Finanzen, Echevarria Krieg, Polo Marine, Bugalla Justiz, Rumero Robledo Inneres, Lasala Arbeiten, Elduayen Kolonien. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, datz auch dieses Kabinet in den Cortes nicht über eine Majorität verfügen wird; es scheint nur ernannt zu sein, um eine Auflösung der Kammer herbeizuführen, damit dann unter seiner Leitung die Urwahleu stattfinden, die hoffentlich ein besseres Bild der Wünsche des spanischen Volkes nach Madrid senden werden, als dies bei den letzten ultrareaktionären Wahlen geschehen ist.

Rußland und Polen.

Moskau, 5. Dezbr. [Einzelheiten über das Attentat.] Als Ergänzung zu den bereits mitgetheilten Nachrichten über die ruchlos geplante Katastrophe können folgende, nicht uninteressante Einzelheiten angeführt werden: Das Häuschen, von welchem die Mine ausging, ist ein hölzernes, zweietagiges; an der Pforte ist eine eiserne Tafel angebracht, auf welcher der Name des Besitzers, des Ssaratowschen Kleinbürgers Nikolai Stepanowitsch Ssuchorukow angegeben ist. Gebaut ist das Häuschen vor etwa fünf bis sechs Jahren von einer Kleinbürgerin, einer alten Frau, welche es in diesem Jahre durch Vermittelung ihres Schwiegersohnes, der als Kommis des Magazins Salzfisch dient, für zweitausend Rubel, obwohl es nicht so viel werth war, verkaufte. Der neue Hauswirth, welcher Mitte September daselbst einzog war ein junger Mann, etwa 23 Jahre alt, mittleren Wuchses, hellblond, von schwächlicher Konstitution; bei ihm lebte eine junge, recht hübsche Frau von nicht großem Wuchse, die er seine Gattin nannte. Die Fenster des Häuschen waren beständig mit weißen Vorhängen verhängt. Niemand betrat je das Häuschen und selten zeigte sich ein Bewohner; blos des Nachts, wie die Ortsbewohner berichten, hielten oft Equipagen an der Pforte, obwohl in den Fenstern kein Licht sichtbar war. Um das Herannahen des Zuges beobachten zu können, war neben der Pforte in dem Zaune eine kleine Oeffnung ausgeschnitten worden. Der unterirdische Gang, welcher bis zum Schienenstrang führte, war mit Brettern verkleibet, damit die Erde nicht einstürze. Die Explosion der Mine erfolgte gerade in dem Augenblicke, als die Lokomitve die Mine passiirt hatte. Die Detonation war so stark, daß man sie über eine Werst weit hörte. Die Stahlschienen zersplitterten in kleine Stücke, die Schwellen und Erdstücke flogen fünfzehn Faden weit; ein Bagagewaggon wurde aufgehoben und umgestürzt. In Folge der Explosion bildete sich eine trichterförmige Grube von anderthalb Faden im Durchmesser und vier Arschin Tiefe; in derselben sah man die Enden eines Drahtes, einer Schnur und einer Guttapercharöhre. Am 3. Abends sammelte sich das Volk in großen Massen am Explosionstrichter und konnte den Ausbruch seines Unwillens nicht zurückhalten; es stürzte sich auf das unheilvolle Häuschen und machte sich an die Demolirung desselben und seiner Umgebung. Wäre die Polizei nicht eingeschritten, so wäre vom Hause nichts übrig geblieben. — Daß durch einen glücklichen Zufall der Zug, in welchem der Kaiser sich befand, aus Simferopol früher abgelassen wurde, als ursprünglich bestimmt war und so als erster in Moskau eintraf, während der nach dem Fahrplan erste Zug, der Suitezug, kurz vor Moskau das Opfer des ruchlosen Verbrechens wurde, ist bereits gemeldet worden. Dieser Suitezug war nach dem Bericht der russischen „Pet. Ztg." eine Station hinter dem kaiserlichen Zug zurück. In diesem, aus 14 Waggons bestehenden Zug befanden sich ca. 50 Personen, darunter die Beamten der Feldkanzlei, einige Sekretäre, einige Ingenieure des Ministeriums der Wegekommunikationen, Feldjäger, und der Stallmeister des kaiserlichen Hofes Fürst Obolensky. Der Zug hatte glücklich bereits die Frachtgutstation Moskau passirt und bis zum Bahnhof nur noch circa 3 Werst zurückzulegen. Die Passagiere begannen schon ihre Effekten zusammenzusuchen, um beim Aussteigen keinen Aufenthalt zu haben. Aus den Waggonfenstern war schon ganz deutlich die Illumination zu sehen, welche die Einwohnerschaft Moskaus zu Ehren des Kaisers veranstaltet hatte — da erfolgte die Explosion. — Glücklicher Weise ging der Zug auf dem rechten Bahngeleise, während die Mine direkt unter dem linken Geleise angebracht gewesen sein muß, so daß also die Explosion den Zug nicht von unten faßte, sondern demselben so zu sagen nur in die Seite fiel. Die Masse des zur Verwendung gelangten Sprengstoffes muß eine sehr beträchtliche gewesen sein, denn Stücke der zerbrochenen Schienen und Telegraphenstangen sind auf bedeutende Entfernungen fortgeschleudert worden. Durch diese in die Luft geschleuderten Stücke sollen drei in der Nähe der Explosionsstelle befindlich gewesene Personen verwundet worden sein.

[Entdeckte Minen in Odessa.] Das Organ der odessaer Stadthauptmannschaft, die „Wjedomosty Odeßkago Gradonatschalstwa", meldet, daß in Odessa beim Ausgraben eines Wasserleitungsrohres in der Nähe des Bahnhofes in der Erde drei Minen entdeckt wurden, welche mit dem Hause Nr. 4 in dem Dragutinski-Perenlok-Viertel in Verbindung standen. In Folge der ungeschickten Aushebung der Minen wurden drei Häuser beschädigt. Es wurde sofort an Ort und Stelle eine Kommission entsandt, welche das bezügliche Protokoll aufnahm, die Bewohner der drei beschädigten Häuser entfernte und die Passage in dem genannten Perenlok vollkommen einstellte.

Bulgarien.

Wir haben neulich jener das Herz auf der Zunge tragenden Adresse Erwähnung gethan, welche die bulgarische Nationalversammlung in Beantwortung der Thronrede an den Fürsten Alexander gerichtet hatte und welche dieser nicht annehmen zu können erklärte. In dieser Adresse war dem konservativen Ministerium Balabanow ein scharfes Mißtrauensvotum ertheilt worden. Es wurde darauf der Versuch gemacht, ein der Mehrheit der Nationalversammlung genehmeres liberales Ministerium zu bilden, zu dessen Leiter der diplomatische Agent des Fürsten Alexander bei der Pforte Herr Zankow ausersehen zu sein schien. Nun hatte das „Reuter'sche Bureau" aus Sofia vom 6. Dezember gemeldet, Fürst Alexander habe, nachdem die Bildung eines liberalen Kabinets vergeblich versucht worden, durch fürstliches Dekret die Nationalversammlung aufgelöst. Eine Depesche des „W. T. B." aus Sofia, 7. Dezember, bestätigte dies durch die Mittheilung: Die Auflösung der Nationalversammlung hat die Oppositionspartei in große Bestürzung versetzt; das bisherige Ministerium wird bis auf Weiteres im Amte verbleiben. Die konstitutionelle Regierungsform scheint sich darnach nicht recht für die Verhältnisse Bulgariens zu eignen, da die erste ordentliche Nationalversammlung des Fürstenthums, noch bevor sie in materielle Berathungen eintreten konnte, der Auflösung verfallen ist. Von einigen Seiten wird behauptet, Fürst Alexander habe sich nur auf diese Weise dem Drängen der nationalen Partei auf eine Aktions-Politik behufs Errichtung eines großbulgarischen Staates zu erwehren vermocht. Bis auf Weiteres thut man gut, sein Urtheil sich vorzubehalten.

Afrika.

Der Ausbruch des ägyptisch-abyssinischen Krieges ist unmittelbar bevorstehend. In Kairo sind Nachrichten aus Massowah eingegangen, deren zufolge König Johann mit dem Gros der abyssinischen Armee und 40 Geschützen seinen Vormarsch angetreten hat. Er ist entschlossen, die Distrikte Senaar und Galabat, sowie das Gebiet des blauen Nils zu besetzen. Er erklärt, europäische Intervention werde ihn nicht verhindern, seine gerechten Ansprüche, einschließlich einer Entschädigung für frühere ägyptische Angriffe, geltend zu machen. In Folge der feindseligen Haltung der Abyssinier an der ägyptischen Grenze sind sämmtliche ägyptische Zivil- und Militär-Behörden angewiesen worden, von ihren Bedürfnissen direkt den Khedive in Kenntniß zu setzen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Dezember. Der Kaiser empfängt heute Nachmittags $2^1/_2$ Uhr den Grafen Schuwaloff, welcher sich sodann zum Kronprinzen begiebt.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 11. Dezember, 7 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaus.] Bei Berathung der Resolutionen zur Eisenbahnvorlage beantragt die Berichterstattung den Eingang folgendermaßen zu fassen:

„Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, der gegebenen Zusage gemäß in der gegenwärtigen oder nächsten Session Gesetzentwürfe vorzulegen, welche folgende Grundsätze feststellen:"

Reichensperger (Olpe) ist gegen die Kommissions-Anträge. Redner führt aus, daß die Resolutionen in Wahrheit keine Garantien enthalten und zum Theil Selbstverständliches fordern. Er verlangt namentlich Mitwirkung des Landtages bei der Tarifregelung, wendet sich gegen einzelne Ausstellungen des Vorredners, sucht namentlich die Schwierigkeit und Unzuträglichkeit der Mitwirkung des Landtages bei der Tarifregelung nachzuweisen. Die Gefahr einer generellen Erhöhung der Tarife liegt gar nicht vor.

Richter ist gegen die Resolutionen. Dieselben seien keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lage. Die bestehenden finanziellen Garantien bei den Privatbahnen, die Amortisationspflicht, der Erneuerungs- und Reservefonds seien wichtiger als die jetzt vorgeschlagenen. Der größeren Macht des Eisenbahnministers hätte auch eine verstärkte Macht des Finanzministers gegenüber gestellt werden müssen. Der Reservefonds dürfe vom Staatshaushaltsetat nicht losgetrennt werden.

Miquel ist für die Resolutionen und tritt den Ausführungen Richter's entgegen, welcher seinerseits keinen positiven Gedanken vorgebracht hat. Die Vorschläge seien außerordentlich vorsichtig gefaßt. Miquel rechtfertigt speziell die Bestimmungen über den Reservefonds. Allerdings habe man noch nichts Vollkommenes vor sich, man werde noch viele Erfahrungen machen müssen. Das Entscheidende sei, daß die Grundlage einer soliden Staatsbahnverwaltung gefunden worden sei. Die Garantieen böten ein Korrektiv für Gefahren aus der Vergrößerung des Staatsbahnbesitzes.

Röckerath erachtet die Vorschläge der Kommission auch für ungenügend, beurtheilt dieselben aber günstiger als Reichensperger. Am wichtigsten sei die Mitwirkung des Landtages bei Regelung der Tarife.

Minister Maybach tritt den Besorgnissen entgegen, daß eine Erhöhung der Tarife eintreten würde. Artikel 45 der Reichsverfassung wolle möglichst gleichmäßige und billige Tarife, er persönlich sei Gegner der Erhöhung und werde ihr unbedingt widerstreben, wofern nicht überwiegende Vortheile dafür sprächen. Wollte man dem Landtage die Mitwirkung bei Regelung der Tarife gewähren, so würde man in die Funktionen des Reiches eingreifen. Eine zweckmäßige Verwendung der Ueberschüsse sei gewährleistet. Er bitte, den Vorschlägen der Kommission im Interesse der Entwickelung des Eisenbahnwesens, im Interesse des Staatshaushalts und des Landes überall zuzustimmen. Litera A. der Garantien wird hierauf mit verändertem Eingange nach dem Antrage des Berichterstatters angenommen. Litera B. betrifft die Vorlage der Uebersichten der Normaltransportgebühren und Einsetzung von Eisenbahnräthen.

Windthorst bekämpft die Unumschränktheit der Regierung bei Festsetzung der Tarife und befürwortet die vom Zentrum gestellten Anträge.

Röckerath stimmt für Mitwirkung des Landtages bei Aenderungen der Tarife.

Rauchhaupt macht dagegen geltend, daß die Tarife erst vereinfacht werden müßten, ehe das Haus bei ihrer Festsetzung mitwirken könne.

Regierungs-Kommissar Brefeldt bittet die Anträge Röckeraths abzulehnen. Minister Maybach desgleichen. Röckerath zieht hierauf seinen Prinzipalantrag zurück, stellt einen eventuellen Antrag auf Zustimmung des Landtages bei den prozentualen Erhöhungen der Tarife als Hauptantrag.

Richter plaidirt für den Eventualantrag Röckeraths. Litera B1, die Tarife betreffend, wird angenommen, der Eventualantrag Röckeraths abgelehnt. Der Rest der Resolution wird hinter die dritte Lesung des Gesetzentwurfs zurückgestellt. Die Sitzung wird auf morgen verlegt.

Die „N. A. Ztg." schreibt: Die fünf Gesetzentwürfe des Ministers des Innern über den Ausbau der Verwaltungsreform hätten bei Denen, die unabläßlich zur Fortführung und Ausdehnung des Reformwerks gedrängt, zunächst nur Klagen über angebliche Ueberbürdung des Landtages zur Folge gehabt. Die Regierung sei mit den Vorlagen nicht blos einem oft ausgesprochenen Verlangen des Landtages prompt begegnet, sondern auch, insofern es sich um die Organisation einer allgemeinen Landes-Vertretung handele, dem Gebot der Nothwendigkeit gefolgt. Die Vorlagen nähmen in eminentester Weise die Dringlichkeit in Anspruch, und wenn man die Dringlichkeitsfrage, wie nicht anders denkbar, bejahe, könne auch eine Verständigung über die Möglichkeit der Behandlung nicht fehlen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Vor uns liegt eine im Verlage von F. A. Barthel in Leipzig erschienene, mit Korrespondenzhelfer versehene Universal-Pultmappe pro 1880 im Preise 2 M. 40 Pf., die wir der praktischen Einrichtung als wie auch der äußern Ausstattung halber allen Geschäften und Privaten nicht genug empfehlen können. Schlägt man obengenannte Mappe auf, so fällt das Auge auf ein übersichtliches, im Format der Mappe gedrucktes kleines „Dictionair" in deutsch-französisch-englischer Sprache. Verfolgen wir den weiteren Inhalt, so kommt zunächst eine neueste Zusammenstellung der wichtigsten Notizen aus dem Geld- und Bankwesen aller Länder Europa's, auch mit Angabe von Bankplätzen, den neuesten Wechselstempel- und Portotarif, Münzparitäten-Tabelle, Maaß- und Gewichts-Bestimmungen. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, hat die Verlagsbuchhandlung außerdem noch eine neueste, genau ausgearbeitete Eisenbahnkarte von Deutschland und Oesterreich-Ungarn beigelegt. Wie aus dem oben erwähnten Inhalt ersichtlich, wird der Titel „Universal-Pultmappe" vollständig gerechtfertigt; ebenso hat der Verleger sein Möglichstes gethan, um eine für die Geschäfts- als wie auch Privatkorrespondenz höchst nützliche und billige Mappe herzustellen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 11. Dezember.

[Das Komite zur Beschickung der bromberger Gewerbeausstellung seitens posener Aussteller] hat sich am Dienstag im Magistratssitzungssaale definitiv konstituirt und zugleich seine Thätigkeit begonnen. Zum Vorsitzenden wurden Bürgermeister Herse, zu stellvertretenden Vorsitzenden Stadtbaurath Grüder und Chef-Redakteur Dr. Szymanski, zum Schriftführer Redakteur C. Röstel, zum Schatzmeister Optikus Förster erwählt. Das Komite besteht sodann aus den Herren: Fr. W. Below, Fr. Biagini, A. Bittmann, Ecke, H. Engelmann, S. Frost, Stadtrath R. Garfey, R. Habertag, W. Heinze, H. Jänsch, Ober-Bürgermeister Kohleis, A. Krause, S. Krause, G. Kronthal, J. Krysiewicz, Krzyzanowski, G. Mögelin, F. Plath, Schirm, Schlicht, Schönecker, H. Schulz, A. Sieburg, Baumeister L. Sixt, J. Skoraczewski, W. Tunmann, E. Weckmann, F. C. Werner, Ferd. Wolkowitz, Zeyland, Aug. Ziegler. — Das Komite erläßt bereits heute an die Industriellen und Gewerbtreibenden Posens einen diesbezüglichen Aufruf (siehe Inseratentheil). Es wird darin zugleich der Wunsch ausgesprochen, das möglichst bald die betreffenden vorläufigen Anmeldungeu mit Angabe des etwa zu beanspruchenden Raumes bei dem Optikus Förster und Schuhmachermeister Skoraczewski abgegeben werden mögen, damit schnell ein ungefährer Ueberblick über den von Posen überhaupt beanspruchten Gesammtraumes gewonnen werden könne. Zur Orientirung liegen in den genannten Annahmestellen Programme und Spezialestimmungen aus.

r. [Wahl eines Mitgliedes zum Herrenhause.] Am 17. d. M. haben die Vertreter des befestigten Grundbesitzes in den Kreisen Kosten, Kröben, Schrimm und Fraustadt an Stelle des verstorbenen Generals Desiderius von Chlapowski einen Vertreter für das Herrenhaus zu wählen; die Wahl findet in Lissa statt.

r. [In der hiesigen Synagogen-Gemeinde] fanden heute Vormittag von 10 bis 1 Uhr, Nachmittag von 3 bis 6 Uhr unter Vorsitz des Wahlkommissars, Polizeipräsidenten Staudy, die Wahlen von 8 Repräsentanten und 5 Stellvertretern auf 6 Jahre statt. Die Betheiligung war eine schwache, und bis 4 Uhr Nachmittags waren nur Wahlzettel abgegeben worden, die folgende Namen enthielten: Repräsentanten: Adolf Alport, Joachim Bendix, Magnus Czapski, Manasse Werner, Samuel Auerbach, Dr. Ludwig Friedländer, Dr. Abraham Rahmer, Michaelis Töplitz; Stellvertreter: S. B. Schefftel, Sam. Silberberg, Dr. Pauly, Joseph Friedländer, Moritz Victor. Das Wahlresultat wird zwar erst morgen amtlich festgestellt, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Genannten gewählt worden sind.

r. **Der Vaterländische Frauenverein** wird zur Abhilfe der dringenden Noth unter der ärmeren Bevölkerung unserer Stadt bei der gegenwärtigen Winterkälte eine Hauskollekte veranstalten, zu welcher der Herr Oberpräsident bereits die Genehmigung ertheilt hat. Der Ertrag dieser Sammlung soll zum Ankauf von Brennmaterial für die Armen verwendet werden. Die Kollekteure werden eine Legitimation der kgl. Polizeidirektion bei sich führen. Wenn gegenwärtig die Kälte auch nachgelassen hat, so haben wir doch noch beinahe vier Wintermonate vor uns, so daß noch viel Noth zu lindern sein wird. Hoffentlich wird sich auch in diesem Falle der Wohlthätigkeitssinn der Einwohner unserer Stadt bewähren!

r **Der Domvikar Janke**, welcher wegen Beleidigung eines hiesigen Schutzmanns in einer Predigt, die er zu Górka Duchowna gehalten hatte, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, hat, nachdem dieses Erkenntniß rechtskräftig geworden, am vorigen Sonnabend im hiesigen Gerichtsgefängniß die ihm zuerkannte Gefängnißhaft angetreten.

△ **Musikalisches.** Das auf Mittwoch den 10. angesetzte Konzert des Violinvirtuosen, Herrn Xaver von Makomaski, findet erst Sonnabend den 13. d. M. statt. Wir nehmen daraus nochmals Veranlassung, das musikliebende Publikum auf dies vielversprechende Konzert aufmerksam zu machen. Nach einer uns zu Händen gekommenen Recension des in musikalischen Kreisen geachteten Musikreferenten, Herrn Wilhelm Tappert, gehört Herr M. zu unseren bedeutendsten Violinvirtuosen. Wir hoffen, daß der Künstler auch hier die gebührende Anerkennung finden wird.

△ **Polytechnische Gesellschaft.** Aus der letzten Sitzung der polytechnischen Gesellschaft ist Folgendes mitzutheilen: Dr. Treumann, Privatdozent an der technischen Hochschule zu Hannover, hat in der Zeitschrift des dortigen Architekten- und Ingenieur-Vereins einen längeren Aufsatz über das Rosten des Eisens und die dagegen anzuwenden Schutzmittel veröffentlicht, aus dem hier Folgendes hervorgehoben wird. Durch Calvert ist festgestellt, daß bei dem Rosten des Eisens neben dem Sauerstoff und der Feuchtigkeit der Luft auch deren Kohlensäure ein wesentlicher Faktor ist, denn kohlensaures Eisenoxydul bildet einen integrirenden Bestandtheil des Rostes. Da bei der Einwirkung der genannten drei Agentien auch nachweislich Wasserstoff frei wird, so scheint die Bildung des Eisenrostes durch Wasserzersetzung vermittelt zu werden, welche ihre Ursache in galvanischen Strömen findet. A. Wagner hat in neuerer Zeit erhärtet, daß Eisen, welches der Einwirkung von Wasser ausgesetzt ist, das Chlorverbindungen enthält, sehr energisch rostet. Dies verdient um so größere Beachtung, als das zur Entfernung des Gipses mit Chlorbarium gereinigte Speisewasser für Dampfkessel, in Folge der stärkeren Korrosion der Kesselbleche, dem ungereinigten Wasser kaum vorzuziehen sein dürfte. Die verschiedenen Schutzmethoden gegen das Rosten gehen darauf aus, die gleichzeitige Einwirkungen der Rost erzeugenden Faktoren unmöglich zu machen. Man sucht die Einwirkung der Kohlensäure zu verhindern, indem man dem Wasser Zusätze giebt, welche Kohlensäure binden, oder, indem man in geschlossenen Behältern von Eisen Feuchtigkeit anziehende Chemikalien aufstellt, um die Luft in den Räumen trocken zu erhalten, oder, daß man das Eisen nur mit luftfreiem Wasser in Berührung kommen läßt. Diese Schutzmittel sind nur unter besonderen Verhältnissen anwendbar; noch mehr ist dies der Fall beim Zusammenbringen des Eisens mit Zink, also mit einem mehr elektropositiven Metall, das durch Berührung schützend wirken soll. Bei der Unzulänglichkeit der angedeuteten Methoden hat man sich den Schutzüberzügen zugewendet. Diese dürfen weder an und für sich, noch unter Mitwirkung des Mediums, in dem sich das zu schützende Eisen befindet, dasselbe schädigen. Ferner müssen die Ueberzüge fest auf dem Eisen haften und möglichst dauerhaft sein. Zunächst ist hier das Brüniren des Eisens zu nennen, d. h. die Herstellung eines dünnen, fest anhaftenden Ueberzuges von Eisenoxyd oder von schwarzem Eisenoxydoxydul; ferner das Ueberziehen des Eisens mit weißen oder gefärbten Glasmassen (Emailliren). Das Verfahren hat für die Erhaltung kleiner Gebrauchsgegenstände ausgedehnteVerwendung gefunden; die Emaillirung größerer Gegenstände scheint aber mit technischen Schwierigkeiten verknüpft zu sein, die bisher nicht überwunden werden konnten. Vielfach und erfolgreich sind metallische Ueberzüge angewendet. Bei der Wahl des Metalles ist das Medium zu berücksichtigen, dessen Einwirkung das Eisen ausgesetzt werden soll. Alle Metalle sind dabei auszuschließen, welche unter Mitwirkung des bezüglichen Stoffes galvanische Ströme herbeiführen können, sobald das Eisen an irgend einer Stelle von der schützenden Metalldecke entblößt wird. So ist die Verwendung von verkupfertem Eisen unter Seewasser und selbst unter gewöhnlichem Wasser nicht empfehlenswerth. Zink hat für sehr viele Verbrauchszwecke den Vorzug, weil es durch galvanische Wirkung keine Nachtheile für das Eisen herbeiführen kann. Solche metallische Ueberzüge sind bei passender Wahl des Schutzmetalles auch deshalb dauerhaft und haften fest an dem Eisen, weil die Unterschiede der Ausdehnung zwischen beiden Metallen geringer sind, als die sonstigen zur Herstellung einer schützenden Decke benutzten Materialien. Auch die Anwendung dieses Schutzmittels ist leider eine beschränkte; das hauptsächlich angewendete besteht noch immer in verschiedenen Schutzanstrichen. Bei diesen hängt die Haltbarkeit nicht nur von der Güte der Materialien, sondern hauptsächlich von der sorgfältigen Ausführung ab. Besondere Aufmerksamkeit ist dem Grundirungsanstrich zu schenken. Neben der üblichen Mennige, die sich unter Salzwasser gar nicht bewährt, ist nicht ohne Erfolg, Eisenmennige zur Anwendung gekommen, doch darf diese nicht aus calcinirtem Eisenvitriol oder dem Vitriolschmant der Alaunfabriken gewonnen sein, wegen der darin enthaltenen Rost befördernden Schwefelsäure. Hauptbegleiter der Eisenmennige ist Thon, welcher bei stärkerem Gehalt die Farbe hygroskopisch, weich und damit unbrauchbar macht.

Zinkweiß ist keine gute Wetterfarbe, sehr viel widerstandsfähiger ist Bleiweiß, besonders bei Zusatz von 12 bis 15 Prozent Kreide; einen sehr dauerhaften grauen Anstrich liefert Zinkstaub mit Leinölfirniß und Kreide. Die Farbenüberzüge sind um so weniger dem Rissigwerden und Abblättern ausgesetzt, in je dünneren Schichten die einzelnen Anstriche aufgetragen werden. Von großem Einfluß bei dem Anstrich sind die benutzten Firnisse. Guter Leinölfirniß, bei günstigem Wetter aufgestrichen, trocknet nicht so rasch, daß bei Abends eintretender Temperatur-Erniedrigung der Niederschlag des Thaues auf dem Anstrich ohne Einwirkung gegen denselben bleiben kann, so daß er nicht zu einer festen und homogenen Schicht antrocknet. Noch schlimmer wird dieser Uebelstand, wenn, was oft geschieht, dem Firniß ungekochtes Leinöl zugefügt wird. Zusätze von terpentinölhaltigem Sikkativ bewirken eine noch stärkere Wasserkondensation durch die Verdunstung des ätherischen Oeles, sind demnach nicht zu empfehlen. Der Erfolg und die Dauerhaftigkeit des Firnißanstrichs hängt außerdem sehr von der Reinheit der Eisentheile, ihrer Befreiung von Rost und früheren Anstrichen ab. Die Arbeit ist, wenn irgend möglich, in geschlossenen Räumen vorzunehmen, die Grundirung ist sorgfältig in dünnen Schichten aufzutragen und zwischen jedem neuen Anstrich muß mindestens eine Zwischenzeit von drei Tagen liegen, um vollständige Erhärtung zu ermöglichen. — Für Deckanstriche, welche der Einwirkung des Wassers ausgesetzt werden sollen, ist niemals Leinölfirniß, sondern Weingeistlackfirniß oder Damarlackfirniß zu benutzen und die Auftragung ebenso sorgfältig zu bewirken. Firnisse, welche aus Harzlösungen in Theerdestillationsprodukten, ätherischen Oelen, Benzin u. dgl. bestehen, leisten nach dem Trocknen dem Wasser ebenfalls keinen Widerstand. — Schließlich ist noch der Ueberzüge aus Ranan oder Portlandcement zu gedenken, welche sich bei den unter Wasser befindlichen Theilen der Schiffskörper bewährt haben sollen. — Die „Industrieblätter“, welche in Nr. 42 bis 45 d. Jahrg. denselben Aufsatz bringen, erwähnen darin Dr. Wiederhold in Kassel als Fabrikanten eines Leinölfirnisses, der sich für Grundirungs-Anstriche auf Eisen besonders eignet, weil er neben der erforderlichen Dünnflüssigkeit das Trocknungsvermögen des dick eingekochten oder mit Sikkativ versetzten Firnisses besitzen soll.

— **Die Polen in Berlin.** Die Anzahl der in Berlin wohnenden Polen beträgt gegenwärtig 33,000, d. h. es sind ihrer dort mehr, als selbst in der Stadt Posen. Der „Goniec Wielkopolski“ führt bittere Klagen darüber, daß die in Berlin eingewanderten Polen sich sehr schnell germanisiren. Die Kinder derselben verstehen meist kein Wort polnisch, und die Eltern müssen sich mit ihnen in deutscher Sprache verständigen. Der „Goniec“ ist über diese Zustände sehr betrübt, meint jedoch, daß denselben schlechterdings nicht abzuhelfen sei, außer wenn die polnischen Familien wieder nach der Heimath zurückwanderten.

— **Das Budget der Stadt Warschau.** Der Budgetentwurf für die städtische Kommunalverwaltung Warschaus pro 1880 ist, wie die warschauer Blätter melden, soeben erschienen. Die städtischen Einnahmen sind auf 1,938,271 Rbl. 82 Kop. veranschlagt. Die Hauptausgabeposten sind: 404 795 Rbl. für Ausführung von Bau- und Ingenieur-Arbeiten, 363,636 Rbl. zum Unterhalt der Polizei und Polizei-Wache, wozu noch 48,670 Rbl. für die Unterbringung der Kanzleien der Stadttheilsverwaltungen hinzukommen. Der Unterhalt der Kanzlei des Oberpolizeimeisters beansprucht überdies noch einen Aufwand von 114,226 Rbl. Zum Unterhalt der städtischen Kommunal-Verwaltung sind 149,095 Rbl. erforderlich. Für die Elementar- und Gewerbeschulen sind 53,857 Rbl. ausgeworfen. Die Kapitalien der Stadt Warschau betragen 1,341,548 Rbl. 93 Kop., die Stadtschulden 880,189 Rbl. 12 Kop. — Wie aus den obigen Ziffern ersichtlich ist, giebt die Stadt Warschau acht Mal so viel für Polizeizwecke als für das Schulwesen aus — ein Mißverhältniß, wie es in so arger Weise kaum für möglich gehalten werden sollte.

§ **Wreschen,** 9. Dezember. [Zu den Stadtverordnetenwahlen. Erfroren. Weihnachtsbescheerung. Kreissparkasse. Jahrmarkt.] In voriger Woche fand zwischen den Kaufleuten Radziejewski und Ziegel eine engere Wahl zum Stadtverordneten statt und wurde Kaufmann Radziejewski in der zweiten Abtheilung zum Stadtverordneten gewählt. — Die große Kälte und das gewaltige Schneetreiben hatte am vergangenen Freitag auch in unserer Gegend ein Opfer gefordert. Ein Arbeiter, welcher am Nachmittage aus hiesiger Stadt nach einem etwa sieben Kilometer entfernten Dorfe gehen wollte, wurde in der Nähe des Dorfes Sędziwojewo erfroren gefunden. Der Erfrorene hinterläßt eine Frau mit drei unerzogenen Kindern. — Auch in diesem Jahre soll für die hiesigen evangelischen Armen eine Weihnachtsbescheerung veranstaltet werden und sind zu diesem Zwecke durch den hiesigen Pfarrer Schramm Liebesgaben eingesammelt worden. Die Sammlung hatte etwa 90 Mark ergeben. — Die hiesige Kreissparkasse hatte im verflossenen Monat folgende Einnahme: Kapital-Einlagen 1840 Mk. 51 Pfg., Zinsen 207 Mark. Die Ausgabe betrug an zurückgezahlten Kapital-Einlagen 340 Mark, 87 Pfg., an Zinsen und Verwaltungskosten 7 Mk., Extraordinaria 56 Mk., zur Erwerbung von Aktivis 3910 Mk. 65 Pgf.; so daß am 1. Dezember ein Bestand von 3033 Mk. 54 Pfg. der Kasse verblieb. — Der heut hier stattgehabte sogenannte Weihnachtsjahrmarkt, welcher sonst einer der größten Jahrmärkte bei uns ist, war diesmal in Folge der großen Kälte (wir hatten am frühen Morgen 20 Grad) so schwach besucht, daß die erschienenen Verkäufer diesmal nicht ihre Rechnung gefunden haben.

♉ **Kosten,** 10. Dezbr. [Landrath Delsa. Wirkungen des Nothstands.] Sicherem Vernehmen nach ist Herr Landrath Delsa von hier nach Köslin als Regierungsrath versetzt. Ueber die Tüchtigkeit, über die Verdienste die sich derselbe während seiner 13jährigen Wirksamkeit in allen Zweigen seines Amtes als Landrath, wie als Direktor der Genossenschaft der Obra-Melioration erworben, herrscht unter den Insassen des Kreises nur eine Stimme. Er nimmt auch die Achtung und Liebe der Kreiseingesessenen mit sich. Mit wahrem Bedauern sehen ihn seine Freunde aus dem ihm lieb gewordenen Berufe scheiden und wünschen, daß es ihm beschieden sein möge, in seiner neuen Stellung sich bald dieselbe Anerkennung zu erringen, die er hier besessen. — Die Noth und das Elend steigen hier im heurigen strengen Winter von Tage zu Tage. Leute aus dem kleinen Handwerkerstande melden sich freiwillig zum Polizeigefängniß und begehen, weil keine Gelegenheit zur Arbeit ist, Vergehen, um nur de Wohlthat des Unterkommens und der warmen Speise im Gefängniß theilhaftig zu werden. Es liegt sogar ein Fall vor, wo der Hungertod einer Familie, bestehend aus 7 Köpfen, nur durch Eingreifen von wachsamen Polizei-Organen abgewendet worden ist. Sollte nun, da die Noth sich in immer weitere Kreise hineinfrißt, es nicht an der Zeit sein, an die baldige Errichtung einer Volksküche heranzutreten? Ein solches Unternehmen, nahrhafte Kost an hiesige Ortsarme gegen Coupons der Armen-Deputation einige Mal in der Woche zu verabreichen, würde nachhaltiger wirken, als ein einmaliges Geschenk zum hl. Christ — bestehend in Brennmaterial, Kleider und Eßwaaren — an verschämte Arme oder deren fleißige Kinder. Am besten wäre es freilich dieses zu thun und jenes nicht zu unterlassen. Mögen die Väter der Stadt dies wohl beherzigen, ehe es zu spät ist.

? **Lissa,** 9. Dezember. [Dilettanten-Theater. Keine Weihnachts-Geschenke mehr. Latrinen-Reinigungs-Maschine.] Am k. Sonntag soll im großen Saale des Kaiserhofs eine Dilettanten-Vorstellung zum Besten einer Weihnachtsbescheerung für arme Kinder aller Konfessionen stattfinden. Zur Aufführung kommt das Original-Lustspiel „Ein schlechter Mensch“ von Julius Rosen. Des guten Zweckes wegen und da in Folge der grimmigen Kälte die Noth unter der armen Bevölkerung bedenklich gestiegen ist, wäre zu wünschen, daß diese Vorstellung recht zahlreich besucht werden möchte. — Einen anderen kleinen Zuwachs zur Unterstützung unserer nothleidenden Armen haben die Inhaber unserer Spezereiwaaren-Geschäfte soeben geliefert. Ungefähr 20 Inhaber von Kolonialwaaren-Geschäften machen bekannt, daß sie in diesem Jahre ihren Kunden keine Weihnachtsgeschenke verabreichen werden, da solche den Gebern eine Last sind und den Empfängern keinen besonderen Vortheil gewähren. Um indeß aus dieser Neuerung für die Ortsarmen einen Vortheil zu ziehen, haben die meisten der Unterzeichner dieser Bekanntmachung — wenn ich recht berichtet bin, so hat sich nur Einer hiervon ausgeschlossen — unter sich eine Sammlung veranstaltet und das Ergebniß derselben, in Summe ungefähr 450 M., dem hiesigen freiwilligen Armenverein zur Vertheilung an Bedürftige überwiesen. Verdient solches gemeinnützige Vorgehen schon immer Anerkennung, so ist ein Beitrag zur Unterstützung der Armen in ihrer jetzigen Nothlage doppelt hochzuschätzen. — Seit ungefähr zwei Jahren ist der Heilgehülfe Herr Fengler im Besitze einer städtischen Konzession zur alleinigen Verwendung einer Latrinen-Reinigungs-Maschine. Wegen der bedeutenden Kosten unterblieb die Anschaffung dieser Maschine bis jetzt. Herr F. will nun mit dem 1. Januar 1880 diese Maschine ihre Thätigkeit eröffnen lassen. Da dieselbe geräuschlos arbeitet und vermöge des dazu gehörigen Desinfektions-Apparates die Senkgruben geruchlos zu reinigen verspricht, so wäre es in sanitärer und anderer Hinsicht wünschenswerth, wenn die Hauswirthe von dieser Maschine vorkommenden Falls Gebrauch machten.

Bromberg, 9. Dezember. [Das neue Rathhaus.] Der Umbau des alten Gymnasiums zu einem Rathhause ist vollendet, nur in den Koridoren legt der Maler noch die letzte Hand zur Ausschmücknng an. Aber auch diese Arbeiten gehen in einigen Tagen der Vollendung entgegen, so daß dem Beziehen des Gebäudes Mitte d. Mts. nichts im Wege steht. Das ehemalige Kloster, in welchem bis in die neueste Zeit, mehr als 50 Jahre hindurch, das Gymnasium eingerichtet war, ist durch bauliche Veränderung in ein recht stattliches Gebäude verwandelt, dessen Räume dem Umfang unserer Kommunalverwaltung und den Wünschen entsprechen, mit welchen der Erwerb und Umbau des Grundstückes begleitet worden ist. Der Haupteingang liegt in der Mitte der großen Front des Gebäudes nach der neuen Pfarrstraße. Man gelangt durch denselben in das Vestibul und einige Stufen hinauf durch eine schöne Glasfenster-Hausthür auf den geräumigen Korridor. Links vom Eingange befindet sich die Stadthauptkasse und das Depositorium, rechts die Steuerrezeptur, Kanzlei und Botenzimmer. Die Räume sind im Lichten 4 m hoch und ca. 5,45 m im Quadrat breit. In den ersten Stock steigt man durch das nach dem Hofe zu, dem Haupteingange gegenüberliegende Treppenhaus. In dem Raume dieser Etage befinden sich die Registraturen für das Armen- und Schulwesen ꝛc., ferner die Zimmer für die beiden Bürgermeister, außerdem im Anbau nach der alten Pfarrstraße zu der Magistrats-Sitzungssaal. Derselbe, nicht allzu groß, ist mit geschmackvollen Malereien verziert. Die untere Wandfläche (Holzbekleidung 1½ m hoch) ist dunkelbraun gehalten und auch in dieser Farbe abgetönt, die obere Wandfläche mit bronzeartig durchwirkten, das Auge angenehm berührenden Tapeten bedeckt. Der Fond der Decke ist von mattgrüner Farbe, in der Mitte befindet sich eine Stuck-Rosette, welche mit plastischer Wirkung hübsch ausgemalt und vergoldet ist. Den Plafond der Decke säumt ein Bordürenfries mit Malereien. Im Abschluß des Plafonds befinden sich an den vier Seiten geschmackvoll ausgeführt die Wappen der benachbarten Weichselstädte, ferner der Städte des Netzethales und von Bromberg, Posen, Berlin, Danzig, Breslau. In einem Felde ist statt eines Wappens der Spruch in Bronzebuchstaben angebracht:

Vor Beginnen
Wohl besinnen
Läßt gelingen.

Der in dem Saal stehende Ofen ist ein französischer Kaminofen neuesten Stils, in grünem Thon gestrichen und in Bronze ausgemalt, auf ihm sind die beiden Seiten des hiesigen Stadtwappens angebracht. Im zweiten Stock liegen das Zimmer für den Stadtbaurath, die Bau-Registratur, die Amtszimmer für die unbesoldeten Stadträthe, ein Kommissions- und ein Konferenz-Zimmer, außerdem im Anbau ein Zeichensaal und auf dem entgegengesetzten Ende, mit dem Giebel an das Nachbarhaus stoßend, der Saal für die Stadtverordneten, welchen 12,16 m lang, 9,15 m breit und 6 m hoch ist. Dem Eingange gegenr über hängt in der Mitte der Wandfläche ein Regulator. Die Decke, von deren Mitte herab ein geschmackvoll und reich verzierter, galvanisch vergoldeter Kronenleuchter hängt, besteht aus drei Plafonds. Der Mittelplafond, von zart hellgrauer Farbe, mit echt vergoldeten Sternen und der Grundfarbe entsprechend abgetönt, endet in eine Frieseinfassung. Der schräg sich anschließende Plafond zeigt auf matt goldfarbigem Grunde in reicher Ornamentik eine hübsch ausgeführte sogenannte „Münchener Buntmalerei.“ In den vier Ecken befinden sich echt vergoldete Wappenschilder, der deutsche Reichsadler, in der Mitte der beiden Langseiten das von zwei Amoretten gehaltene bromberger Stadwappen, auf den gegenüberliegenden Seiten das preußische Wappen. Die Hohlkehle, der letzte Theil der Decke, schließt mit einem reich gehaltenen Fries ab. Die Wände des Saales sind in matter, bronzegrünartiger Wachs-Oelfarbe gestrichen, die Pilaster hellbräunlich marmorirt. Als besonderes Ausstattungsstück verdient der links vom Eingange stehende riesige Ofen, 4 m hoch, 1,36 m lang und 1,13 m breit, im altdeutschen Stile von bronzefarbigen Kacheln geschmackvoll hergestellt, erwähnt zu werden. Die zu einem Restaurationslokal umgeschaffenen Kellerräume sind im Putz renovirt und haben zum Theil neue Gewölbe erhalten. Decken- und Wandmalereien zieren die Räume, in denen an entsprechenden Stellen auch Trink- und Sinnsprüche nicht vergessen sind. Rechts vom Kellereingang auf der Giebelseite befindet sich die äußerst fein hergerichtete Weinstube, deren Decke ebenfalls Sinnsprüch: wie: „Im Wasser kannst du dein Antlitz sehen, Im Wein des anderen Herz erspähen“ oder „Feindliche Kraft — Banne der Saft“ — „Schöpt aus dem Pokale — Neue Ideale“ ꝛc. enthält. Im ganzen sind 32 derartige Sprüche in den Restaurationsräumen angebracht. In der Weinstube steht ebenfalls ein geschmackvoll gebauter altdeutscher brauner Ofen. Auf dem Hofe befindet sich ein kleines Gebäude, in dessen Erdgeschoß das Eichungsamt untergebracht ist; der obere Theil des Hauses ist zur Wohnung des Kastellans eingerichtet. Zum Rathhaus gehört auch das Gebäude, welches mit seiner Front nach dem Friedrichsplatz liegt und vor einigen Wochen von der Polizeiverwaltung bezogen worden ist. Der Umbau des ganzen Grundstücks wurde am 8. September 1878 begonnen und war bis zum 20. November desselben Jahres schon so weit gefördert, daß das Dach gelegt werden konnte. Die Maurerarbeiten sind von dem Maurermeister Rose, die Zimmerarbeiten von dem Zimmermeister Mautz ausgeführt worden.

An den Tischlerarbeiten betheiligten sich die Tischlermeister Menning, Buchholz, Rehbein und Hennig. Die Schlosserarbeiten sind von dem Schlossermeister Gawe jun. und die aus Schmiedeeisen hergestellten Thore in der Werkstatt des Schlossermeisters Rady hergestellt. Die Maler- und Anstricharbeiten sind, und zwar der Stadtverordneten- und Magistrats-Sitzungssaal vom Maler Radtke, die Malereien im Rathhaus-Keller vom Maler Chodowski, die Dezernenten-Zimmer, die Bureaux 2c., ebenso der lackirte Anstrich an Thüren und Fenster vom Maler Hartmann ausgeführt worden; die Maler-Arbeiten im Gebäude der Polizeiverwaltung erfolgten durch den Maler Grabowski. Das Dach ist mit Schiefer von den Gebrüdern Slawinski eingedeckt wordon; die Klempnerarbeiten führte Klempnermeister Schröter aus und die schönen weißen Oefen sind wie die bereits oben genannten großen Oefen aus der Fabrik von Fielitz u. Meckel. Die Ausführung des Baues erfolgte unter Oberleitung des Stadtbauraths Lincke durch den Bauführer, Maurermeister Misch von hier. Der ganze Umbau macht in seiner würdigen Ausstattung einen recht guten Eindruck und wird nicht verfehlen, diejenigen mit der vollzogenen Thatsache auszusöhnen, welche sich ihrer Zeit gegen das Projekt der Erwerbung des Grundstücks für den ausgeführten Zweck gesträubt haben. Besonders wird die Besichtigung der Gebäude beweisen, daß die in bautechnischer Beziehung angeführten Gegengründe völlig hinfällig gewesen sind. (Bromb. Ztg.)

Landwirthschaftliches.

rz. **Fabianowo b. Posen,** 7. Dezember. [Die bäuerlichen Wirthschaften in der Umgegend Posens. Zur Kloaken-Abfuhr aus Posen.] Der Ausfall der diesjährigen Getreide-, Heu- und Kartoffel-Ernte in der hiesigen Umgegend auf Meilen Entfernung muß im Allgemeinen als nicht zufriedenstellend bezeichnet werden. Zunächst ist der Körnerertrag im Verhältniß zu anderen Jahren ein bedeutend geringerer, und an Stroh haben die Landwirthe nahe ⅓ des Quantums des Vorjahres weniger erzielt. Von den bäuerlichen Grundbesitzern hört man daher fast durchweg die Klage, daß sie in diesem Jahre so und so viel Fuhren an Roggen und Gerste, Kartoffeln u. drgl. weniger eingeheimst haben und daß sie Stroh und Heu eher kaufen als verkaufen werden. Es ist dem auch wirklich so, denn während man in den letzten Jahren bei gefüllten Scheunen fast auf jedem größeren Bauerngrundstück noch Schober von Getreide aufgestellt sah, war in diesem Jahre keiner zu bemerken und nur selten waren die Scheunen mit Erntesegen gefüllt. Hinsichtlich der Kartoffeln stehen dieselben denen des Vorjahres qualitativ zwar nicht nach, wohl aber quantitativ. Für die geringere Gesammternte finden die Landwirthe aber in den bisherigen verhältnißmäßig zu anderen Jahren höheren Getreide- und Kartoffelpreisen einen gewissen Ersatz. Bekanntlich ist die Abfuhr von Kloakenstoff aus Posen als Düngemittel unter den Bauerngrundbesitzern um Posen bis auf 10 Km. Entfernung und darüber, namentlich aber aus nahe an den Chausseen belegenen Ortschaften fast allgemein geworden. Der Bauer selbst oder sein besonders dazu geschickter Knecht geht alle Sonntage nach Posen und sucht hier straßenweise in den Häusern gefüllte Kloakengruben auf, einigt sich dann mit dem Hauswart oder dem Hausbesitzer selbst über den Kloakenstoff, wogegen er seltener Geld, zumeist Stroh, Kartoffeln, Wrucken oder drgl. zu geben sich verpflichtet und dann den Kloakenstoff bis fünfmal wöchentlich des Nachts mit großer Anstrengung des Zugviehes und der Menschen aus der Stadt auf seinen Acker fährt. Der kleine Grundbesitzer in hiesiger Umgegend baut Weizen, Hafer, Erbsen, Buchweizen nur wenig, seine Hauptfrucht ist Roggen, Gerste und Kartoffeln. Das Land mit Gerste und Kartoffeln wird allein meist mit Kloakenstoff, der im Winter herangefahren wird, gedüngt und reichlich ist dann die Ernte an diesen Früchten, selbst auf sehr leichtem Boden, wenn das Jahr günstig ist, d. h. wenn schönes Wetter mit öfterem Regen abwechseln. Der verflossene Sommer war leider nicht von jener Beschaffenheit und das eben mag Ursache der Mißernte sein. — Das Zugvieh des hiesigen Bauern sieht wegen der großen Anstrengung bei Tag und Nacht selbst beim besten Futter meist ärmlich aus, ebenso das Hornvieh, mit welchem er jeden Jahres, wenn die Zeit zum Austreiben auf die Weide herannaht, den größten Kummer hat; denn Brachland hat er gar nicht, oder nur wenig, sein ganzes Feld hat er besäet und sehnt sich nur nach der Zeit, wo er sein Rindvieh auf's Stoppelfeld treiben lassen kann. Stallfütterung findet man hier nirgends, nur unter den Bauern unmittelbar um Posen, wie in St. Lazarus, Wilda, Winiary u. s. w., die sich mit der Molkerei befassen. Raps säet nur der größere Bauerngrundbesitzer, dagegen Rübsen fast jeder, um aus dessen Samen sich dann Eßöl ausschlagen zu lassen. Die Leinfrucht ist hier höchst selten und Luzerne- und Kleefelder beginnen erst auf den Bauernfeldern allgemeiner zu werden. Die mit vieler Mühe verbundene theuere Beschaffung von Kloakendünger einerseits und das Beispiel größerer Landbesitzer andererseits hat nun auch den Bauern auf den Gedanken geleitet, Lupinen auf leichten Boden zu säen, um sie dann meist als Gründüngungspflanze zu verwerthen und an Stelle dessen die Kloakenanfuhr allmählig fallen zu lassen. Seit einigen Jahren sieht man auch auf Bauernfeldern Lupinen stehen, meist die gelben, zu welchen unser Bauer mehr Vorliebe zeigt, als zu den blau blühenden.

r. Stadtverordnetensitzung

am 10. Dezember.

Der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wohnen 6 Magistrats-Mitglieder und 27 Stadtverordnete bei; den Vorsitz führt Justizrath Pilet. Die Versammlung tritt alsbald in die Tagesordnung ein.

Ueber die Errichtung einer Centesimalwaage berichtet im Namen der in der Sitzung am 26. November d. J. zur Vorberathung dieser Angelegenheit ernannten Kommission Kaufmann Rosenfeld. Danach hat die Kommission gemäß den vom Magistrat gestellten Anfragen in Erwägung gezogen: 1. ob ein wirkliches Bedürfniß zur Errichtung einer solchen Waage vorliege; 2. wenn ein solches anerkannt werde, welcher Platz am geeignetsten zur Errichtung der Centesimalwaage erscheine; 3. wie der Tarif für die Benutzung dieser Waage zu normiren sei; 4. ob es sich empfehle, die Waage zu verpachten. Die Frage 1 wurde von der Kommission einstimmig bejaht; in Betreff der Frage 2 konnte keine Einigung erzielt werden; der Kämmereiplatz erschien zwar geeignet, doch erachtete es die Kommission noch für erforderlich, wegen der Zufuhr zu diesem Platze weitere Erhebungen, insbesondere durch Versuche mit beladenen Rollwagen, anzustellen; 3. in Betreff der Tariffrage erschien es der Kommission wünschenswerth, bei den Magistraten anderer Städte, wo Centesimalwaagen bestehen, erst Erkundigungen einzuziehen, wonach Frage 4 später zu beantworten sei. Die Kommission empfiehlt demnach, die Angelegenheit auf 6 Wochen zu vertagen. — Nachdem Kaufmann Brodnitz beantragt hat, die Versammlung möge schon jetzt dahin beschließen, daß die Centesimalwaage auf dem hierzu geeigneten Kämmereiplatze aufzustellen sei, wird der Antrag der Kommission von der Versammlung angenommen.

Von der Direktion der Aktiengesellschaft des polnischen Theaters ist ein Gesuch um Ermäßigung des Gaspreises und unentgeltliche Lieferung des Wassers an den Magistrat mit Hinweis darauf gerichtet worden, daß das polnische Theater-Unternehmen kein Erwerbs-Unternehmen sei, welches materiellen Gewinn bezwecke, daß durch dasselbe viel Fremdenbesuch aus der Provinz nach Posen geführt werde, und daß die polnische Theatertruppe ihre Einnahmen hier verzehre 2c.; es möge demnach dem polnischen Theater in Betr. der Gaspreise und des Wassers dieselbe Begünstigung, wie dem Stadttheater gewährt werden. Magistrat hat jedoch dieses Gesuch abgelehnt, da das Stadttheater ein städtisches Institut, das polnische Theater dagegen ein Privat-Unternehmen sei, und in gleicher Weise dann auch die Inhaber anderer Privat-Unternehmen, wie z. B. des Saisontheaters, des Volksgartentheaters, des Lambert'schen Saales, der Beely'schen Konditorei 2c. eine ähnliche Begünstigung verlangen könnten. Die Direktion des polnischen Theaters hat nun ihr Gesuch an die Versammlung gerichtet, mit der Bitte, dasselbe beim Magistrat zu befürworten. — Kaufman Wilhelm Kantorowicz, welcher über das Gesuch berichtet, weist darauf hin, daß von der Direktion der städtischen Gasanstalt bereits die Gewährung eines Rabatts an die größeren Konsumenten, zu denen auch das polnische Theater gehöre, in Erwägung gezogen sei, und beantragt mit Hinweis auf § 13 der Geschäftsordnung, wonach von Kreisen außerhalb der Versammlung eingehende Anträge einer Unterstützung von mindestens 5 Mitgliedern der Versammlung bedürfen, über den Antrag der Direktion des polnischen Theaters zur Tagesordnung hinwegzugehen. — Posthalter Gerlach weist darauf hin, daß die polnische Bevölkerung unserer Stadt, die sich ein eigenes Theater gebaut habe, zur Unterhaltung des Stadttheaters, in welchem nur deutsche Vorstellungen gegeben werden dürfen, mit beizusteuern habe, und daß es sich demnach aus Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit empfehlen werde, das Gesuch der Direktion des polnischen Theaters zu genehmigen. Auch sei in Betracht zu ziehen, daß die anderen vom Magistrat angeführten Privat-Theater und Etablissements Erwerbs-Unternehmungen seien, was bei dem polnischen Theater nicht der Fall sei. — Bankdirektor Dr. Buski weist darauf hin, daß die Direktion des polnischen Theaters ihr Gesuch an den Magistrat und die Versammlung gar nicht gerichtet haben würde, da sie auf Unterstützung des Unternehmens aus der ganzen Provinz angewiesen sei, daß sie aber zu einem solchen Gesuche sich für berechtigt erachte; sie könnte sogar einen Anspruch auf eine Subvention erheben, da die polnische Bevölkerung unserer Stadt zu dem deutschen Theater (Stadttheater) mit beizusteuern habe. — Redakteur Dr. Szymanski gesteht zu, daß das polnische Theater als ein Aktien-Unternehmen nicht solche Ansprüche erheben könne, wie das Stadttheater als kommunales Institut, weist aber darauf hin, daß dasselbe nicht ein Erwerbs-Unternehmen, wie die vom Magistrate angeführten Theater und Etablissements sei, und daß ein Drittel der Bevölkerung unserer Stadt an diesem Unternehmen ein lebhaftes Interesse habe. Es empfehle sich demnach einem solchen Unternehmen gegenüber der vom Posthalter Gerlach empfohlene Standpunkt der Billigkeit. — Justizrath Tschuschke macht gegen die Gewährung des Gesuches vornehmlich zwei Umstände geltend: 1) habe die polnische Nationalität den Standpunkt einer bestimmten Exklusivität eingenommen, deren Folgen sie nunmehr auch tragen müsse; 2) erscheinen die vom Magistrat angeführten Privat-Unternehmer, im Falle das Gesuch genehmigt werde, berechtigt, eine gleiche Begünstigung zu beanspruchen. — Rechtsanwalt v. Jażdżewski empfiehlt, sich von politischen Erwägungen in dieser Angelegenheit fern zu halten, zumal der erwähnte Standpunkt der Exklusivität von der polnischen Nationalität nicht verschuldet sei. Wenn dem Stadttheater billigere Gaspreise 2c. gewährt seien, so sei dies nicht geschehen, um einem Dritten, dem Direktor des Stadttheaters, eine Erleichterung und Subvention zu gewähren, sondern, um ein Kunstinstitut zu unterhalten; derselbe Standpunkt müßte aber auch gegenüber dem polnischen Theater-Unternehmen, welches gleichfalls ein Kunstinstitut sei und ein vorhandenes Bedürfniß befriedige, festgehalten werden. — Kaufmann Kantorowicz macht geltend, daß das polnische Theater gleichfalls zu den Erwerbs-Unternehmungen zu zählen sei; würde dasselbe bessere Geschäfte machen, als es in Wirklichkeit der Fall ist, dann würde unzweifelhaft der gewonnene Ueberschuß der Aktien-Gesellschaft zufließen. Der Betrag, um den es sich in dem vorliegenden Falle handle, sei nicht unbedeutend, da der Erlaß sich jährlich auf 5 bis 6000 Mark belaufen werde. — Justizrath Mützel macht gegen die Anwendung des § 13 der Geschäftsordnung geltend, daß dieselbe durch genügende Unterstützung des Gesuchs ihre formelle Erledigung finde. Im Uebrigen sei das vom Magistrat Angeführte richtig; das polnische Theater sei in Wirklichkeit ein Erwerbs-Institut, wenn auch kein Ertrag herauskomme. — Posthalter Gerlach weist darauf hin, daß beim polnischen Theater für jede Person, welche dasselbe besuche, 10 Pf. für die Vorstellung zugeschossen werden, und daß demnach von einem Erwerbs-Institute keine Rede sein könne. Was die hervorgehobene Exklusivität der polnischen Nationalität betrifft, so werde es sich empfehlen, dieselbe durch Entgegenkommen zu beseitigen, und Alles zu vermeiden, was diese Exklusivität noch zu vermehren im Stande sei. Der angegebene Betrag von 6000 M. erscheine wohl zu hoch. — Bürgermeister Herse konstatirt, daß es sich um c. 3—4000 M. jährlich handeln werde. — Bankdirektor Dr. Buski hebt hervor, daß das Stadttheater nur für einen Theil der Bevölkerung unserer Stadt bestimmt sei, da dort nur in deutscher Sprache Vorstellungen gegeben werden, und daß als erforderliches Supplement das polnische Theater diene, welches nicht mit Etablissements, wie es das Lambert'sche und Beely'sche seien, auf eine Stufe gestellt werden dürfe. — Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, und der Antrag des Kaufmanns Kantorowicz, über das Gesuch der Direktion der Aktiengesellschaft des polnischen Theaters zur Tagesordnung überzugehen, mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Ueber das Kuratorium der städtischen Realschule berichtet gemäß der Magistratsvorlage Buchhändler Türk Folgendes: Als im Jahre 1853 die städtische Realschule ins Leben gerufen wurde, setzten die städtischen Behörden für dieselbe eine ständige vorberathende gemischte Kommission unter dem Namen eines Kuratoriums ein. Zu dieser Kommission werden vom Magistrat zwei, und von der Stadtverordnetenversammlung drei Mitglieder ernannt; außerdem nimmt an den Sitzungen des Kuratoriums auch der Direktor der Anstalt, aber ohne Stimme, Theil. Das Kuratorium hat die Verwaltungs-Angelegenheiten der Realschule der Begutachtung zu unterziehen, den vorläufigen Entwurf des Jahresetats aufzustellen 2c., und ist stets nur als eine der städtischen Kommissionen betrachtet worden. Jetzt nun, nach 26jährigem Bestehen dieses Kuratoriums, macht das Provinzial-Schulkollegium ganz andere Grundsätze als bisher in Betreff desselben geltend: „Die Wahl der Mitglieder des Kuratoriums bedürfe der Genehmigung der Regierung; die Bildung des Kuratoriums aber habe, so lange nicht eine, ihrer besonderen Genehmigung bedürfende Instruktion hierüber ergangen sei, nach den Vorschriften der betr. Ministerial-Instruktion zu erfolgen; die jetzige Zusammensetzung des Kuratoriums entspreche diesen Vorschriften namentlich insofern nicht, als dasselbe nur einen mit dem Schulwesen durch sein Amt vertrauten Mann (den Direktor nämlich), und auch diesen nur mit berathender Stimme, unter seinen Mitgliedern zähle." Der Magistrat ist nun mit dieser Maßregel durchaus nicht einverstanden, weil er in derselben eine Beeinflussung, und eine Beeinträchtigung der städtischen Selbstverwaltung erblickt, und beantragt, die Versammlung möge sich, damit Klarheit in die Stellung des Kuratoriums gebracht werde, damit einverstanden erklären, daß dasselbe von nun ab den Namen einer städtischen Realschul-Kommission führe. — Buchhändler Türk weist darauf hin, daß der Magistrat schon bisher wenig Einfluß auf die von der Stadt mit bedeutendem Kostenaufwande unterhaltene Realschule gehabt habe, und daß dieser geringe Einfluß durch die obige Maßregel noch verringert werde; die Versammlung möge demnach dem Magistratsantrage zustimmen; der Magistrat aber möge hieraus auf's Neue Veranlassung nehmen, auf die Umleitung der städtischen Realschule in eine Staatsanstalt hinzuwirken. — Oberlehrer Dr. Hassenkamp spricht Zweifel darüber aus, ob das Provinzial-Schulkollegium sich mit dieser Umänderung des Namens des Kuratoriums unter Bewahrung der bisherigen Gerechtsame der städtischen Behörden zufrieden geben werde, und richtet an den Magistrat die Anfrage, was der Magistrat weiter zu thun gedenke, falls das Provinzial-Schulkollegium sich nicht zufrieden gebe? — Ober-Bürgermeister Kohleis spricht seine persönliche Ansicht dahin aus, daß es sich dann vielleicht empfehlen werde, das Kuratorium ganz fallen zu lassen, da die Sache schlimmer dadurch jedenfalls nicht werden würde. — Justizrath Tschuschke meint, man werde mit der bloßen Umänderung des Namens nicht weiter kommen; er beantrage demnach, die Versammlung möge das Kuratorium der städtischen Realschule ganz aufheben, und den Magistrat ersuchen, der Versammlung eine Vorlage in Betr. der Bildung einer Kommission für die städtische Realschule zu machen. Nachdem Oberbürgermeister Kohleis sich für diesen Antrag ausgesprochen, und Buchhändler Türk seinen Antrag zu Gunsten des Antrags des Justizraths Tschuschke zurückgezogen hat, wird letzterer Antrag von der Versammlung angenommen.

Ueber die Entlastung der Rechnung über die Stadtschuldenverwaltung pro 1878—79 berichtet Kaufmann Kantorowicz und wird demgemäß die Decharge ertheilt.

Ueber die Entlastung der Gasanstalts-Rechnung pro 1877—78 erstattet Kaufmann W. Kronthal Bericht. Anknüpfend daran, daß in jenem Jahre die Gasanstalt eine Mindereinnahme von 26,000 M. für Privatflammen gehabt hat, regt Justizrath Mützel die Frage an, ob es sich nicht empfehlen werde, insbesondere den größeren Gaskonsumenten coulantere Bedingungen zu stellen, damit dieselben sich nicht eigene Gasanstalten bauen, wie dies z. B. im dem neuen Gerichtsgebäude geschehen sei, und wie es möglicherweise auch auf dem Zentralbahnhofe eintreten könne. — Kaufmann Kantorowicz macht als Mitglied der Direktion der städtischen Gasanstalt die Mittheilung, daß eine Abnahme des Gaskonsums der Privat-Konsumenten sich in gleicher Weise auch in anderen Städten zeige; es sei diese Erscheinung auf die allgemeine ungünstige Geschäftslage, die zur Sparsamkeit und zur Anwendung des Petroleums an Stelle des Gases veranlasse, zurückzuführen. Die Direktion der Gasanstalt habe im Hinblick hierauf schon in diesem Jahre eine Herabsetzung der Gaspreise beantragt und auch erreicht, und erwäge gegenwärtig eine Berücksichtigung der Großkonsumenten, sowie überhaupt eine weitere Herabsetzung der Gaspreise. — Auf Anfrage des Justizraths Tschuschke theilt Bürgermeister Herse mit, daß mit der Errichtung der Gasanstalt auf dem Landgerichts-Grundstücke vorgegangen worden sei, ohne daß zuvor irgend ein Antrag auf Ermäßigung der Gaspreise an die Direktion der städtischen Gasanstalt oder den Magistrat gerichtet worden; ebenso sei bis jetzt auch von der Oberschlesischen Eisenbahn noch kein derartiger Antrag in Betreff des Zentral-Bahnhofs eingegangen. Die Direktion der Gasanstalt gehe mit dem Plane um, den Großkonsumenten einen Rabatt zu bewilligen, der bei der Oberschlesischen Eisenbahn, als dem bedeutendsten Konsumenten, am größten sein würde. Man sei der Ansicht, die Oberschlesische Eisenbahn habe in dieser Angelegenheit sich an den Magistrat zu wenden. Wie jedoch im Allgemeinen, so sei auch hierin mit den Herren der Oberschlesischen Eisenbahn schwer zu verhandeln. Bei Gewährung des Rabatts werde die Oberschlesische Eisenbahn pro Kubikmeter Gas 17 Pfg. zu zahlen haben, während gegenwärtig der Preis 19,4 Pfg. beträgt. Uebrigens habe sich nach der neuerdings gemachten Zusammenstellung ergeben, daß Posen zu denjenigen größeren Städten gehört, welche niedrige Gaspreise haben; erheblich billigere Preise hat vornehmlich Breslau wegen der Nähe der Steinkohlen. — Kaufmann Kantorowicz weist darauf hin, daß die Direktion der Gasanstalt eine Antwort der Oberschlesischen Eisenbahn auf die Frage, ob sie bereit sei, für eine Reihe von Jahren das Gas von der Stadt zu entnehmen, falls dieselbe ein weiteres Gasrohr nach dem Bahnhofe legen lasse, nie habe erlangen können. — Geh. Kommerzienrath B. Jaffe spricht den Wunsch aus, Magistrat und Direktion der Gasanstalt mögen bei der Etatsberathung pro 1880—81 die seitens der Versammlung heute geäußerten Wünsche berücksichtigen. — Dr. Szymanski weist darauf hin, daß auch von anderen Großkonsumenten, insbesondere von der Decker'schen Hof-Buchdruckerei, der Post, dem polnischen Theater, Klagen über zu hohe Gaspreise geführt werden und erachtet eine Ermäßigung dieser Preise für wünschenswerth. Nachdem diese Angelegenheit hiemit erledigt ist, führt Kaufmann Kronthal in seinem Bericht über die Gasanstalts-Rechnung fort, und empfiehlt dabei möglichste Ersparniß an Steinkohlen. Nachdem Kaufmann Kantorowicz darauf hingewiesen, daß hierin bereits die größte Sparsamkeit geübt werde, wird seitens der Versammlung für die Rechnung Decharge ertheilt; in Betreff der Kohlen-Ersparniß werden noch Erhebungen angestellt werden.

Zum Mitglied des gewerblichen Schiedsgerichts wird an Stelle des Schneidergesellen E. Müller, dessen Wahlperiode abgelaufen ist, der Schneidergeselle Walter gewählt.

Ueber den Antrag des Dr. Szymanski und Genossen um Absendung einer Petition der städtischen Behörden an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Anbringung der Straßenschilder in deutscher und polnischer Sprache, berichtet Bankdirektor Dr. Buski, nachdem dieser Antrag von 20 Mitgliedern der Versammlung in der vorigen Sitzung unterstützt worden war. In der Petition soll das Abgeordnetenhaus ersucht werden, den Herrn Minister des Innern zur Abänderung seiner Entscheidung, wonach das Amtssprachengesetz auf die Straßenschilder Anwendung finde, und nur die deutsche Bezeichnung der Straßen statthaft sei, zu veranlassen. Motivirt wird dieser Antrag damit, daß die Anwendung des § 1 des Amtssprachengesetzes, wonach die Geschäftssprache der Behörden und politischen Körperschaften ausschließlich die deutsche ist, auf die Straßenschilder eine irrthümliche sei, da sich das Amtssprachengesetz nur auf den Geschäftsverkehr der Behörden unter sich und mit dem Publikum beziehe, die Straßenschilder aber lediglich eine Einrichtung für das Publikum seien; überdies sei in Betracht zu ziehen, daß viele Bewohner unserer Stadt deutsch nicht lesen können, und noch viel mehr Fremde aus der Provinz des deutschen Lesens unkundig sind. Wenn bei den bekannten Verhandlungen über diese Angelegenheit im Abgeordnetenhause der Herr Minister gesagt habe, es seien bis jetzt keine Beschwerden über die praktische Unzuträglichkeit der Straßenschilder mit blos deutschen Inschriften vorgekommen, so sei dies leicht erklärlich, da derartige Straßenschilder in unserer Stadt bis jetzt nicht existiren, vielmehr erst eingeführt werden sollen. Die Versammlung möge sich demgemäß dem Antrage anschließen und in gemeinsamer Petition mit dem Magistrate unter Hinweis auf die zu erwartenden Unzuträglichkeiten zunächst bei dem Herrn Minister des Innern vorstellig werden. — Justizrath Tschuschke empfiehlt, nicht Petitionen abzusenden, welche ohne Erfolg sein würden, und ist der Ansicht, daß der Magistrat, da einmal die Amtssprache der politischen Körperschaften lediglich die deutsche ist, nicht befugt sei, eine andere als die deutsche Inschrift auf den Straßenschildern anzubringen. Der Herr Minister könne auf die Petition gar nicht eingehen, da er durch das Amtssprachengesetz gebunden sei und erst eine Abänderung desselben eintreten müßte, ehe er im Sinne der Petition entscheiden könnte. — Kaufmann Andersch macht dagegen geltend, daß es hier nicht auf juristische Bedenken, sondern darauf ankomme, eine altbewährte Institution, die Anbringung der deutschen und polnischen Namen auf den Straßenschildern, zu bewahren. — Oberlehrer Dr. Hassenkamp spricht sich für die Petition aus, empfiehlt jedoch, dieselbe nicht an den Herrn Minister, sondern an das Abgeordnetenhaus als gesetzgebende Instanz gehen zu lassen, damit dasselbe eine Interpretation darüber gebe, ob unter den amtlichen Publikationen auch die Straßenschilder zu verstehen seien. — Redakteur Dr. Szymanski erachtet es aus Opportunitätsgründen für besser, zunächst an den Herrn Minister, und erst dann an das Abgeordnetenhaus zu gehen. — Justizrath Mützel verspricht sich keinen Erfolg von der Petition und meint, bei einer so unbedeutenden Sache liege kein Anlaß zu einer Petition vor. Die Stadtverordneten mögen sich damit begnügen, durch die Unterstützung des Antrages bekundet zu haben, daß sie als konservative Männer an den bisher üblichen Schildern mit deutscher und polnischer Bezeichnung festhalten wollen. — Rechtsanwalt v. Jażdżewski empfiehlt, die Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, welches unmöglich eine andere Interpretation des § 1 des Amtssprachengesetzes, als im Sinne der Petition, geben könne. — Dr. Szymanski betont, daß es sich in dem vorliegenden Falle um keine amtliche Bekanntmachung, sondern lediglich um das Verkehrsinteresse des Publikums handle, und meint, daß eine Abänderung des Gesetzes gar nicht erforderlich sei, um im Sinne der Petition zu entscheiden. — Kaufmann Kirsten spricht

sich für die Petition aus, die am besten an's Abgeordnetenhaus zu richten sei, und macht geltend, daß die Versammlung keine Juristen-, sondern eine Stadtverordneten-Versammlung sei, und wohl die Berechtigung habe, die Wünsche der Bevölkerung durch eine Petition kund zu geben. Da überdies erst vor einem Jahre viele neue Straßenschilder mit deutscher und polnischer Bezeichnung angeschlagen worden seien, so komme auch der Kostenpunkt für die Ersetzung dieser Schilder durch neue mit nur deutschen Namen in Betracht. — Kaufmann Brodnitz ist der Ansicht, daß die Interpretation des Gesetzes jedenfalls zweifelhaft sei; wenn aber auch durch die Petition vielleicht Nichts erreicht werde, so habe doch wenigstens die Versammlung ihr Votum über die Angelegenheit abgegeben. — Auktionskommissarius Mannheimer spricht sich dagegen aus, daß ein Straßenschild als eine amtliche Bekanntmachung zu betrachten sei. — Es wird hierauf der Antrag, die Petition an den Herrn Minister zu richten, abgelehnt, dagegen der Antrag, dieselbe an's Abgeordnetenhaus abzusenden, mit 24 gegen 3 Stimmen angenommen.

Mit der Niederlassung des Zigarrensortirers Koc erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Ueber die Abtretung einer Parzelle des Grundstücks Warschauerstraße 16 an den Mühlenbesitzer Rabbow berichtet Kaufmann Victor. Die Versammlung erklärt sich mit der Abtretung der Parzelle für 138 M. einverstanden, und zwar mit der Maßgabe, daß der Mühlenbesitzer den Zugang zu der Cybina offen zu erhalten, auch alle von der Polizeibehörde in dieser Beziehung behufs Wasser-Entnahme vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen habe.

Unter Tit. II. E. des Kämmereietats pro 1879/80 sind 1000 M. zu Gerichtskosten und Sporteln ausgesetzt. Da nun bis jetzt schon 954 M. davon verausgabt sind, so beantragt der Magistrat, die Versammlung möge ihm die unbeschränkte Ermächtigung geben, alle für Gerichtskosten 2c. etwa noch erforderlich werdenden Ausgaben ohne Rücksicht auf den Etat zu machen. — Kaufmann Löwinsohn, welcher über diese Angelegenheit berichtet, spricht sich gegen den Magistratsantrag aus, und beantragt die Bewilligung von 300 M. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Der bisherige Schriftführer der Stadtverordneten-Versammlung, Kanzleidirektor Göbbels, dessen dreijährige Amtsperiode abgelaufen ist, wird auf drei Jahre wiedergewählt.

Damit erreicht die Versammlung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 7 Uhr Abends ihr Ende.

Die Organisation der neuen Landesverwaltung.

(Fortsetzung.)

Zweiter Abschnitt,

Beschlußbehörden.

§ 22. Der Provinzialrath besteht aus dem Oberpräsidenten, beziehungsweise dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus einem von dem Minister des Innern auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des Oberpräsidenten ernannten höheren Verwaltungsbeamten, beziehungsweise dessen Stellvertreter und aus fünf vom Provinzialausschusse aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern. Stellvertreter für die letzteren fünf Mitglieder werden in gleicher Weise aus der Zahl der Mitglieder des Provinzialausschusses und deren Stellvertreter gewählt.

Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind der Oberpräsident, der Regierungspräsident, die Landräthe und die Beamten des Provinzialverbandes.

§ 23. Die Wahl der Mitglieder des Provinzialrathes und deren Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre. Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Ausscheiden des Gewählten aus dem Provinzialausschusse.

§ 24. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder und Stellvertreter, und zwar das erste Mal die nächstgrößere Zahl, aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden bleiben jedoch in allen Fällen bis zur Einführung der Neugewählten in Thätigkeit. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraumes in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

§ 25. Die gewählten Mitglieder des Provinzialrathes werden von dem Oberpräsidenten in ihre Stellen eingeführt.

Sie können aus Gründen, welche die Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen (§ 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten. Gesetzsammlung S. 465) im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben werden.

Für das Disziplinarverfahren gelten die Vorschriften des genannten Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

Die Einleitung des Verfahrens, sowie die Ernennung des Untersuchungskommissars erfolgt durch den Minister des Innern.

Die entscheidende Behörde erster Instanz ist das Bezirksverwaltungsgericht, die entscheidende Behörde zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft werden für beide Instanzen von dem Minister des Innern ernannt.

§ 26. Der Bezirksrath besteht aus dem Regierungspräsidenten beziehungsweise dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus einem von dem Minister des Innern auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des Regierungs-Präsidenten ernannten höheren Verwaltungs-Beamten, beziehungsweise dessen Stellvertreter und aus vier Mitgliedern, welche von dem Provinzial-Ausschusse aus der Zahl der zum Provinziallandtage wählbaren Bezirksangehörigen gewählt werden. Für die letzteren vier Mitglieder werden in gleicher Weise vier Stellvertreter gewählt.

Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, die Landräthe und die Beamten des Provinzialverbandes. Mitglieder des Provinzialrathes können nicht Mitglieder des Bezirksrathes sein.

§ 27. Die Wahl der Mitglieder des Bezirksrathes und deren Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre.

Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Der Provinzialausschuß hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist. Gegen den Beschluß des Provinzialausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt. Die Klage steht auch dem Vorsitzenden des Bezirksrathes zu. Dieselbe hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Ersatzwahlen nicht stattfinden.

Die gewählten Mitglieder des Bezirksrathes werden von dem Regierungspräsidenten vereidigt und in ihre Stellen eingeführt.

Im Uebrigen finden auf die gewählten Mitglieder des Bezirksrathes die Bestimmungen der §§ 24 und 25 entsprechende Anwendung.

§ 28. In den Hohenzollernschen Landen kommen in Betreff des Bezirksrathes die Bestimmungen der §§ 26 und 27 mit der Maßgabe zur Anwendung, daß die zu wählenden Mitglieder von dem Landesausschusse aus der Zahl der zum Kommunallandtage wählbaren Angehörigen des Landeskommunalverbandes gewählt werden. Der Regierungspräsident, die Oberamtmänner und die Beamten des Landeskommunalverbandes sind von der Wählbarkeit ausgeschlossen.

§ 29. Die Zusammensetzung des Kreisausschusses wird durch die Kreisordnungen geregelt.

§ 30. Der Stadtausschuß besteht aus dem Bürgermeister, beziehungsweise dessen gesetzlichem Stellvertreter als Vorsitzenden und vier Mitgliedern, welche vom Magistrate aus seiner Mitte für die Dauer ihres Hauptamtes gewählt werden.

Für Fälle der Behinderung sowohl des Bürgermeisters wie seines gesetzlichen Stellvertreters wählt der Stadtausschuß den Vorsitzenden aus seiner Mitte. Derselbe bedarf der Bestätigung des Regierungspräsidenten.

Der Vorsitzende oder ein Mitglied des Stadtausschusses muß zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sein.

§ 31. In Stadtkreisen, in denen der Bürgermeister allein den Gemeindevorstand bildet, werden die außer dem Vorsitzenden zu bestellenden Mitglieder von der Gemeindevertretung aus der Zahl der Gemeindebürger gewählt. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

* **Das Görlitzer Stadt-Theater,** welches früher Herr Direktor Grosse in vortrefflicher Weise leitete, und das von früher her bekannt ist durch die Premièren der beliebten Lustspiele des Herrn von Moser, brachte kürzlich eine Novität, betitelt: „Doktor Gertrud" Lustspiel in 4 Akten von Bernhard Ohrenberg. Das Stück wurde sehr freundlich aufgenommen und der Verfasser nach dem 3. und 4. Akte je zweimal gerufen.

Briefkasten.

S. R. in Tr. Wir haben an Ihrem Wohnorte bereits einen ständigen Korrespondenten.

X. Y. in Kempen. Korrespondenzen aus Ihrem Orte sind uns willkommen.

M. G. Kosten. Wir bitten, Ihre Anfrage nochmals zu wiederholen, da die erste Anfrage, von welcher Sie in der Postkarte vom 8. d. M. sprechen, nicht in unsere Hände gelangt ist.

Abonnent R. in B. Auf die an uns gerichteten Fragen diene Ihnen Folgendes zur Antwort:

1. Die Rechtskraft eines Urtheils tritt in dem vorliegenden Falle mit Ablauf von zweiundvierzig Tagen oder sechs Wochen seit Behändigung der Ausfertigung des Erkenntnisses ein.

2. Nach Vorschrift des § 94 Nr. 2 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 genügt zur Begründung des Antrags des Eigenthümers, eine Hypothek oder Grundschuld zu löschen der Nachweis der rechtskräftigen Verurtheilung des Gläubigers, die Löschung zu bewilligen. Sonst aber kann dieser Löschungsantrag begründet werden, entweder durch die von dem Gläubiger ertheilte Quittung oder Löschungsbewilligung, ferner durch den Nachweis der eingetretenen Vereinigung (von Eigenthum und Forderung: Konfusion oder Konsolidation) oder die Vorlegung des rechtskräftigen Ausschlußerkenntnisses nach erfolgtem Aufgebot der Post oder endlich die Bescheinigung des Prozeßrichters, daß den im § 106 des genannten Gesetzes bezüglich des Aufgebotsverfahrens einer Post gestellten Anforderungen Genüge geleistet ist.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Zur gefälligen Beachtung.

Bei der fortdauernd steigenden Auflage unserer Zeitung sind wir außer Stande, die Gesammtauflage des Abendblattes, wenn dasselbe sowohl die Berliner Produkten- als die Fonds-Course enthalten soll, bis 5 Uhr Abends an sämmtliche Distributionsstellen der Stadt Posen zu expediren, da bekanntlich die Fonds-Course frühestens um ½3 Uhr — der Regel nach aber erst nach 3 Uhr von Berlin depeschirt werden. Um nun möglichst allen Wünschen gerecht zu werden, wird von jetzt ab die halbe Stadt-Auflage ohne die letzte Fondsdepesche erscheinen, die zweite Hälfte aber alle Schlußdepeschen enthalten und um 5 Uhr Abends ausgegeben werden. Diejenigen Abonnenten, welche beide Course wünschen, wollen dies bei der betreffenden Ausgabestelle gefälligst zu erkennen geben.

Expedition der Posener Zeitung.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Diskont 4 Prozent, der Lombard-Zinsfuß 5 Prozent.

Berlin, den 10. Dezember 1879.

Reichsbank-Direktorium.

Handelsregister.

Die dem **Joseph Rother** zu Posen für die hiesige offene Handelsgesellschaft in Firma **Potworowski & Co.** zu Posen — Nr. 223 des Gesellschaftsregisters — ertheilte Prokura ist erloschen und zufolge Verfügung vom 11. Dezember 1879 in unserem Prokuren-Register unter Nr. 205 gelöscht worden.

Posen, den 11. Dezember 1879.

Königl. Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Der Handelsmann **Wolff Hirsch Wolinski** zu Gollantsch und dessen Ehefrau **Pauline** geborene **Elias** haben für ihre Ehe die Gemeinschaft sowohl des Vermögens als des Erwerbes durch Vertrag vom 17. November 1879 ausgeschlossen. Eingetragen zufolge Verfügung vom 2. Dezember 1879 am 3. Dezember 1879.

Wongrowitz, den 2. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Auf dem Oberschlesischen Bahnhof, Magazin I, werden Montag den 15. huj., 11 Uhr Vormittags, 3 Sack Hopfen 98,5 Kg. meibietend gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Die Güterexpedition.

Provinzial-Gewerbe-Ausstellung
zu Bromberg
1880.

In der Zeit vom **15. Mai** bis zum **15. Juli 1880** soll in **Bromberg** eine

Provinzial-Gewerbe-Ausstellung

für die Provinzen Posen und Preußen stattfinden. Dieselbe soll alle gewerblichen Erzeugnisse umfassen, welche entweder in diesen Provinzen selbst oder durch die in denselben ansässigen Firmen in **eigenen**, wenn auch außerhalb der Provinz belegenen Etablissements, hergestellt sind. Die Hauptstadt der Provinz Posen darf auf dieser Ausstellung nicht fehlen. Sie muß würdig auf ihr vertreten sein. Von der Absicht geleitet, dieses erstrebenswerthe Ziel zu erreichen, den Betheiligten einen Mittelpunkt für gemeinsame Verständigung zu bieten, durch gemeinschaftliches Zusammengehen die Kosten des Einzelnen zu mindern, Collectivausstellungen hiesiger Industrieller zu fördern, haben sich die Unterzeichneten zu einem Comité vereinigt. Ehe aber das Letztere in irgend eine Thätigkeit eintreten kann, muß es ungefähr wissen, ob und auf welche Theilnahme seine Bestrebungen in hiesiger Stadt zu rechnen haben.

Es ergeht deshalb an alle Gewerbtreibenden, welche nicht abgeneigt sein sollten, sich an der Ausstellung zu betheiligen, die ebenso dringende wie ergebene Bitte, hiervon in kürzester Frist den Herren Optikus **Foerster**, Gr. Ritterstr. Nr. 7, oder Schuhmachermeister **Skoraczewski**, Markt Nr. 55, gefälligst Mittheilung zu machen, welche Beide Programme für die Ausstellung auf Wunsch gern verabfolgen werden.

Ist eine genügende Theilnahme zu erwarten, dann werden wir unsere Thätigkeit beginnen und, vielfach an uns gelangten Wünschen entsprechend, unsere Bemühungen auch darauf lenken, ob nicht eine Ermäßigung der Ausstellungs- und Transportkosten, sowie eine Verkürzung der Ausstellungszeit zu ermöglichen ist.

Herse, Vorsitzender. — Grüder, Dr. Szymański, stellvertretende Vorsitzende.
C. Röstel, Schriftführer. — Foerster, Optikus, Schatzmeister.
Fr. W. Below, Fr. Biagini, A. Bittmann, Ecke, H. Engelmann, S. Frost, R. Garfey, R. Habertag, W. Heinze, H. Jänsch, Kohleis, A. Krause, S. Krause, G. Kronthal, J. Krysiewicz, Krzyżanowski, G. Mögelin, F. Plath, Schirm, Schlicht, Schönecker, H. Schulz, A. Sieburg, L. Sixt, J. Skoraczewski, W. Tunmann, E. Weckmann, F. C. Werner, Ferd. Wolkowitz, Zeyland, Aug. Ziegler.

LOUIS MOEBIUS,
Breslauerstraße 5,

empfiehlt zum Feste sein reichhaltiges Lager in **Glas- und Porzellan-Waaren**, sowie **Pariser Blumen** und **Blattpflanzen** in größter Auswahl.

Culmbacher Export-Bier,
von **Leonhard Eberlein** in **Culmbach.**

Pilsner Tafel-Bier,
Erste Pilsner Actien-Brauerei,

bester Qualität empfiehlt in **Original-Gebinden** von ca. 20 Liter Inhalt aufwärts und in **Flaschen.**

Friedr. Dieckmann.

Vollkommen wasserdichte Loden-Mäntel mit Kapuze
für den Herbst und Winter

aus dem besten steirischen Schafwoll-Lodenstoffe, braun, grau oder schwarz, naturfarbig.

Ein leichter Touristen-Mantel mit Kapuze	12 Mk.
„ „ Reise- oder Jagdmantel	18 „
„ „ Kaiser-Mantel	21 „
„ dicker „ gut gefüttert	28 bis 40 „
hübsche Joppen oder Steirer-Sacco	21 bis 30 „
Damen-Paletot, modern, sehr kleidsam	21 bis 30 „

wasserdichte Steirer-Hüte

für Herren und Damen aus den feinsten Loden, anerkannt als die praktischste Kopfbedeckung $4\frac{1}{2}$ bis $6\frac{1}{2}$ Mk.

Alle Gattungen Fabriks- und Bauernloden, moderne Anzugsstoffe, aus der reinsten steirischen Schafwolle, vollkommen wasserdicht, werden per Meter oder in beliebigen fertigen Kleidern gegen Postnachnahme billigst geliefert von der Tuchwaarenhandlung des

Johann Günzberg in Graz, Steiermark.

Frische Austern.

Wir offeriren, wie in voriger Saison, auch in diesem Winter wieder unsere regelmäßig jede Woche **frisch** eintreffenden Sendungen

Bluepoints u. Norwalk Oysters

in Orig.-Fässern v. 1000/1100 St. und 14/1500 St. sowie hundertweise zu billigsten Preisen in der **anerkannt** vorzüglichen Qualität.

W. Heick & Stoll,
Hamburg,
Austern- u. Seefisch-Handlung en gros.

Alleinige Contrahenten der berühmten White u. Frazer's Oyster Parks in New-York für Deutschland, Oesterreich und den Norden.

Ich bin wieder auf 8 Tage in Posen angelangt behufs Vertilgung von **Wanzen, Schwaben, Ratten, Mäusen.** Vertilge Alles unter Garantie. Honorar beliebigen Falls nach Erfolg. Achtungsvoll

H. Klose, Kammerjäger,
beim Gastwirth **Schneider,**
Sapiehaplatz.

Ueberzeugung bringt Wahrheit.

Eine große Partie **hochfeiner böhmischer Glassachen, französischer Blumen, geschnitzter Holzsachen zu spottbilligen Preisen** in

Aron's billigen Laden,
Schuhmacherstraße 19.

Arac.

Batavia	zu M.	2,—
Goa	„ „	2,50
Mandarin	„ „	3,—
Alter Goa	„ „	4,50
Jamaica Rum	„ „	2,—
Cognac echt	„ „	2,50

für $\frac{1}{2}$ Liter-Flasche.

Punsch-Essenz von **J. A. Roeder,** zu 3,75 und 2 Mark empfiehlt in guten Qualitäten

J. N. Leitgeber.

Berthold Neumann's
Violin-Institut,
Markt Nr. 65.

BREHMS THIERLEBEN,
komplett.

Die neue Auflage dieses berühmten Werkes ist soeben mit zehn Bänden beendigt worden. Sie umfasst die Abtheilungen der **Säugethiere** und **Vögel** in je drei Bänden, der **Fische, Kriechthiere, Insekten** und **Niederen Thiere** in je einem Band, mit zusammen ca. 1800 Textbildern und 200 Bildertafeln nach der Natur. — Jeder Band kostet

in Umschlag broschirt	**12 Mark**
- Bibliotheks-Einband, grün Halbfranz	**14 -**
- schönem Renaissance-Einband, braun Leder . .	**15 -**
- feinem Kalblederband, naturfarbig	**16 -**

Jede Abtheilung ist besonders käuflich. Das Ganze bietet die glänzendste und werthvollste **Weihnachtsgabe für Freunde der Thierwelt..**

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Verlag von **OTTO SPAMER** in **Leipzig** und **Berlin.**

Elfte Auflage.

Das Buch der schönsten Kinder- und Volksmärchen,

Sagen und Schwänke. Herausgegeben von **Ernst Lausch.** Elfte vermehrte Auflage. Mit 60 Text-Illustrationen, sechs Ton- und vier Buntbildern. Geheftet M. 2. In buntem Umschlag cartonnirt M. 2. 50.

Die erste **10,000** Exemplare starke Auflage, sowie eine zweite Auflage dieses Lieblingsbuches der deutschen Kinderwelt wurden binnen Jahresfrist verkauft; nach Ablauf von sechs Jahren sind über **70,000 Exemplare** abgesetzt worden!

In **Posen** vorräthig bei

Louis Türk, Wilhelmspl. 4.

Ungarische 100 Fl.
Staats-Loose
mit Deutschem Reichsstempel.
Jährlich 3 Ziehungen.
Nächste Ziehung am 15. December c.

Haupt-Gewinn: 150,000 Fl.

Jedes Loos muß mindestens mit **140 Fl.** gezogen werden.

Wir offeriren diese Loose gegen **baar** zum Börsencourse (v. ca. 205 M. pr. Stück), zuzüglich 1 M. Provision.

auf Zeit: 1 ganzes Loos für 21 Monats-Zahlungen à 10 M.; 1 halbes Loos für 21 Monats-Zahlungen à 5 M.

zuzüglich Provision und 6 % Zinsen p. J. Nummernaufgabe beim Kauf.

Koch & Co.
Bankgeschäft.
Berlin W. Mohrenstr. 10.
Solide Agenten werden ges.

Specialité.

500 Schultaschen für Knaben u. Mädchen in Kloth, Plüsch, Seehund, Chagrin und Rindleder von $1\frac{1}{4}$ M. bis $7\frac{1}{2}$ M. Stecken-Pferde, Pferde auf Rollen u. Walzen in größter Auswahl am Platze.

500 Reise-Koffer
von 2,00 bis 50 Mark.

Jagdtaschen, Reitzäume, Hosenträger, Kinder-Peitschen, Fahr- und Reitpeitschen, Promenaden- und Reise-Taschen.

Ungarische Gehänge,
gut sortirt von $1\frac{1}{2}$ M. bis 30 M.
Puppen-Wagen ꝛc. zu billigst. Preisen.

Oscar Conrad sen.,
Täschner und Sattlermeister
Posen, Breslauerstr. 31 neb. d. Apoth.

Heirathsgesuch.

Ein acad. gebild. **Landwirth,** v. ang. Aeußern, mit einem aufzuweisenden **Baarvermögen** über **60,000 Rthlr.,** w. das von ihm bewirthschaftete, unweit e. **Großstadt reizend gelegene Rittergut** zu dem verhältnißmäßigen sehr billigen Preise v. **43,000 Rthlr.** demnächst käuflich übernimmt, sucht wegen Mangel an Damenbekanntschaft auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eine **Lebensgefährtin.** Off. mit Photographie und Vermög.-Angabe sub **H. 1799a** an **Haasenstein & Vogler,** Stettin erbeten. Discretion Ehrensache.



Geschlechts-

Krankh. speziell **Syphilis-, Haut-Hals- u. Fussübel** (Flechten), sowie Schwächenzustände und alle Unterleibsleiden der Frauen heilt auch **brieflich** gründlich u. schnell der im Ausland approb. **Dr. med. Harmuth, Berlin,** Kommandantenstr. 30.

St. Martin 27 ist eine elegante Wohnung mit oder ohne Pferdestall sofort zu verm.

Mulackshausen 214, am Centralbahnhof gelegene Mittelwohnung sofort zu vermiethen.

---

1 Wohnung von 2—3 Zimmern mit Zubeh. ist Sandstr. 8 zu verm.

Petristr. 9 2 Stuben und Küche zu vermiethen.

Agentur.

Ein Ia. Haus in **Rum, Arrac** und **Cognac** wünscht seine **Vertretung** für **Posen** und Provinz anderweitig zu vergeben. Reflektanten mit besten Referenzen belieben ihre Offerten unter **C. 2548** an die Annoncen-Expedition v. **C. Schlotte** in **Bremen** einzusenden.

Agentur.

Eine leistungsfähige Weinhandlung in Frankfurt a. M. sucht tüchtige Agenten gegen gute Provision. Off. u. **F. C. 871** bef. d. Centr.-Ann.-Exped. von **G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.**

Anst. junge Leute zum Abonnentensammeln auf ein ganz neues Werk k. s. m. Thor-Str. 13, I. Etg., **Expedition des „Leuchtthurm".**

Für ein großes Comtoir wird ein **junger Mann,** der mit der Spiritusbranche vertraut ist, zum Antritt sofort oder per 1. Januar gesucht. Selbstgeschriebene Offerten unter B. G. 12, in der Exped. d. Zeitung.

Eine **Wirthin in feiner Küche,** Molkerei ꝛc. erfahren, mit sehr guten Zeugnissen u. gute Stuben-Mädchen empfiehlt **E. Anders,** Gr. Ritterstraße 7.

Ein zuverlässiges
Mädchen,
welches selbstständig kochen kann, und etwas von der Wirthschaft versteht, findet zur Unterstützung einer älteren Hausfrau Stellung zum 1. Januar in Szemborowo bei Strzalkowo.

Lange.

Eine gute **Amme** sucht Stelle nach Berlin, Breslauerstr. Nr. 8.

Ein Brennerei-Verwalter

mit guten Empfehlungen, bescheidenen Ansprüchen, verheirathet, der seine bisherige Stellung behufs Absolvirung der Militärpflicht aufgeben mußte, sucht von Neujahr ab eine entsprechende Stellung als selbstständiger oder zweiter Brenner. Adr. Welnau postl. X. X. 100.

Einen zuverläßigen, beider Landessprachen mächtigen

Vogt,

sucht zum 1. April 1880 Dom. **Krzesiny** b. Posen.

Ein gew. **Kellner** wünscht Stellung in einer größeren Restauration oder auf einem Dominium als Diener. Adressen beliebe man gefälligst M. H. 46 postl. Posen zu senden.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Rosa** mit Herrn **Isidor Wolff** aus Tremessen beehrt sich ergebenst anzuzeigen.

Posen. **Wwe. J. Berlach.**

Als Verlobte empfehlen sich:

Rosa Berlach,
Isidor Wolff.

Posen. Tremessen.

Verein der deutschen Fortschrittspartei.

Montag, den 15. Dezember 1879,
Abends 8 Uhr,
im Handelssaale:

1) Geschäftliche Mittheilungen.
2) Vortrag des Herrn Gericke: Simultanschulen.

Gäste willkommen.

Herse.

Für die Mitglieder der Loge

Sonntag den 14.: Gesellige Zusammenkunft und Vortrag.
Anfang Abends 7 Uhr.

Freunde der Wissenschaft und Geselligkeit.

Sonnabend, den 13. d. M.,
Abends 8 Uhr:

Vortrag
des Herrn Dr. Inowraclawer
über:
Lessing's „Nathan".

Dringende Bitte
an edle Menschenfreunde!

Ein Wirthschaftsbeamter, durch langjährige schwere Krankheit heimgesucht, in Folge schmerzhafter Operationen entstellt und trotz Aufopferung aller Kräfte vergeblich bestrebt, Frau und drei Kinder zu ernähren, nunmehr bei Beginn des Winters dem größten Elende preisgegeben, bittet dringend mildthätige Herzen und besonders seine glücklicher gestellten Kollegen, die Herren Landwirthe, dem wahren Unglücklichen durch freundliche Gaben, oder wenn möglich durch Nachweisung dauernder Beschäftigung sein hartes Loos zu erleichtern. Zur Entgegennahme von Beiträgen erklärt sich gern bereit

Die Expedition der Posener Zeitung.

Dr. Kles' Diätetische Kuren.
Preis 2 Mark.

Enthält Anleitung zur Heilung aller Krankheiten ohne Medikamente. — Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verlag der Diätetischen Heilanstalt. Dresden-Antonstadt, Bachstr. 8.

Stadttheater.

Freitag, den 12. Dezember 1879:
6. Vorstellung im 3. Abonnement.
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Akten v. Göthe.

Sonntag, den 14. Dezember 1879:
Alessandro Stradella.
Romantisch-komische Oper in 3 Akten von Flotow.

Die Direktion.

Polnisches Theater.

Sonnabend, den 13. Dezember:
Die Zigeuner,
„Jawnuta",
Oper in 3 Akten von **Moniuszko.**
Im 1. Akt: Zigeunertanz,
„ 3. „ Krakauer Tanz.

B. Heilbronn's
Volksgarten-Theater.

Freitag, den 12. Dezbr. cr.:
Das Mädel ohne Geld. Lebensbild mit Gesang und Tanz in drei Akten.

Die Direktion.
B. Heilbronn.

Theater in Schwersenz.

Dem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich mit meiner Gesellschaft am **Sonntag, den 14. Dezember,** im Hotel des Herrn **Görlt,** einen

Cyklus von theatralischen Vorstellungen

beginne. Schau- und Lustspiele, sowie Gesangspossen ꝛc. ꝛc. werden gut einstudirt über die Bühne gehen, und hoffe ich auch hier allen gerechten und billigen Anforderungen zu genügen.

C. Aster,
Theaterdirektor und Unternehmer.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Franziska Elkan mit Herrn Kaufmann Wilhelm Israel. Frl. Hulda Romstädt mit Herrn Kaufmann Albert Jahn in Berlin-Königsee i. Th. Frl. Wilhelmine Hartung mit Herrn Adolf Müller in Eisenach-Reval. Fräul. Marie Winckelmann mit Hrn. Lieut. Heer in Rostock. Frl. Agnes Ebeling mit Herrn Apotheker W. Möhlenbrok in Diepenau-Uchte. Fräul. Marie Treichel mit Herrn Paul Lützow in Koppalm-Gnewinke.

Verehelicht: Herr Albrecht Berliner mit Frl. Hedwig Köppen. Herr Rudolph Grosse mit Frl. Käthe Salomon. Lieutenant Ernst Rasischke mit Frl. Alice von Donop in Kolbergermünde. Regierungs-Baumeister Dietrich v. d. Ohe mit Frl. Ida Junge in Hechthausen-Harzburg a. H.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Alb. Hoffmann. Herrn Julian Feinberg in Wien. Herrn Hauptmann v. Bernuth in Mülhausen. Herrn Oskar Frhr. v. Lorenz in Woiska. Herrn Oberamtmann Ehlermann auf Dom. Luhne b. Rotenburg. — Eine Tochter: Herrn Landrath Frhr. v. Schleinitz in Carthaus, W.-Pr. Herrn Adolph Marcuse. Herrn H. Glinicke. Herrn Pastor Hedtke in Wutzig bei Falkenburg. Herrn Prem.-Lieutenant v. Wrochem in Trier. Herrn Kapitän-Lieutenant Riedel in Kiel.

Gestorben: Frau Henriette Pradin, geb. Elfrath. Thierarzt Urban. Verw. Frau Johanna Rolph, geb. Beck, Verw. Frau Cäcilie Volkstein, geb. Coßmann. Herrn Oskar Anderson Tochter Dora. Frau Ottilie Michaelson, verw. Mauritius, geb. Symanska. Rentier Julius Grosse. Rentier Leopold Lindenberg. Verw. Frau Charlotte Techel, geb. Zellasch. Verw. Frau Oberst v. Plessen, geb. v. Pentz. Herrn Jüngermann Sohn Wilhelm. Rentier Friedrich Cobien. Verw. Frau Bertha Lietzmann, geb. Gädicke. Reichsbank-Assistent Bruno Kanzler in Potsdam. Sanitätsrath Dr. Benedix in Barby. Professor C. W. Hübner in Düsseldorf. Konsistorialrath Reichhelm in Frankfurt a. O. Frau Elisabeth Spohr, geb. Fehmer Tochter Gretchen in Anklam. Melanie Freiin Spiegel von und zu Pickelsheim, Haus Spiegelberge bei Brackwede i. W. Herrn Rittmeister von Pappenheim Tochter Gretchen in Merseburg. Herrn Pastor Schlemmer Tochter Käthe in Droyßig.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.